

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pro Nummer: 20 Pf. monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage. Die Preisliste 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Einzahlungen in die Post-Zeitungs-Kasse. Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Litauen 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1874.

Die Inserions-Gebühr
 Erhöht für die sechsstelligen Anzeigen, welche über deren Raum 30 Pf. für politische und gewerkschaftliche Ereignisse und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2 Zeilenlange Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengröße und Schließensammlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Preußische Beamtenfürsorge.

Das ungeheure Beamtenheer Preußens bildet eine Wählermasse, die vor ihren Wägen zu spannen für alle politischen Parteien von höchstem Wert ist. Die Art und Weise dies zu erreichen wird natürlich stets bedingt sein durch die in Betracht kommenden Wahlgesehe, und es ist für die Zustände bei uns durchaus bezeichnend zu beobachten, wie verschieden die Parteien im Reich, im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus sich zu den Beamten und ihren Wünschen stellen.

Im Reich mit seinem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht muß eben jede Partei mit den Wählermassen rechnen, welche das Beamtenheer stellt. So spielte sich im Sommer 1909, als die Reichstagsauflösung drohte und zu gleicher Zeit im Reichstag und im Preussischen Landtag umfangreiche Vorlagen zwecks Aufbesserung der Beamtengehälter zur Beratung standen, folgendes ergötzliches Schauspiel ab. Eben dieselben Konservativen, die im Abgeordnetenhaus die sozialdemokratische Kritik an den in Preußen für die unteren Beamten festgesetzten Gehaltsfähigkeiten als eine Freivolität bezeichnet und den Minister ermahnt hatten, im Bundesrat dafür einzutreten, daß die Gehaltsnormierungen im Reich unter keinen Umständen über die preussischen hinausgehen, erklärten im Reichstage diese gleichen preussischen Gehaltsfähigkeiten mit größter Gemütsruhe für viel zu niedrig und beantworteten die Klagen der Regierungsvertreter, wo sie denn die Millionen für die Mehrkosten hernehmen sollten, achselzuckend damit: das Geld müsse eben aufgebracht werden.

Im Abgeordnetenhaus mit seiner indirekten, öffentlichen und Klassenwahl fühlt man sich bei dem ungeheuerlichen Terrorismus, der von seiten der Regierung gegen die abhängigen Beamten getrieben wird, schon viel sicherer und tritt den berechtigten Forderungen der Beamtenwelt weit schroffer entgegen, als man das im Reichstage zu tun wagt.

Die geborenen und ernannten Gesetzgeber Preußens, die von den Wählermassen vollkommen unabhängig sind, können es sich schließlich leisten, über die Forderungen der Beamten glatt hinwegzugehen.

Zu der preussischen Beamtenbesoldungsvorlage von 1909, bei der nicht weniger als 272 000 etatsmäßige Beamten in Frage kamen, war nun wieder lediglich nach dem Prinzip verfahren worden, daß denen, die haben, mit reichen Händen gegeben wurde, während die Aufbesserungen der unteren und untersten Klassen nur geringfügig waren. Zwar wurde von der Regierung und den Vertretern aller bürgerlichen Parteien ein großes Aufheben davon gemacht, daß die prozentuale Aufbesserung der unteren Klassen eine höhere sei als die der mittleren und höheren Beamtenschaft. Sobald man aber an die Stelle solcher Prozentberechnung die nachfolgenden konkreten Zahlen stellt, sieht man, daß bei den hohen Gehältern eine Aufbesserung von 7 1/2- oder 10 Proz. ganz etwas anderes bedeutet als bei den untersten eine solche um 15 oder 20 Proz. Die ganzen Aufbesserungen der unteren Klassen inklusive des Wohnungsgeldzuschusses nicht nur nicht aus, den betreffenden Beamten eine gegen die Zeit von vor wenigen Jahren verbesserte Lebenshaltung zu ermöglichen, sondern sie genügen noch nicht einmal, die in den letzten Jahren unglaublich gesteigerten Kosten der Lebenshaltung weitzumachen. Diese so verteuerte Lebenshaltung und die in ihrer Folge notwendig gewordenen Erhöhungen der Beamtenbesoldung ist aber die direkte Folge der Wirtschaftspolitik des Reiches, einer Wirtschaftspolitik, die ausschließlich darauf ausgeht, die Großgrundbesitzer, d. h. also vorzugsweise unsere Junker, auf Kosten der Masse des Volkes zu bereichern. Ein Junker war es auch, der es sich nicht verlagern konnte, den Beamten zum Schaden noch den Spott zuzufügen, indem er bei der ersten Lesung ausführte, „daß er aus diesem Akt weitgehender Fürsorge für die Beamten das Recht herleihe, Worte ernster Mahnung an die Beamten zu richten und sie davor zu warnen, die Treue gegen den Staat, die bei den preussischen Beamten historisch und traditionell sei, abhängig von der Magenfrage zu machen“. Eine solche väterliche Ermahnung gerade im Munde eines preussischen Junkers ist wirklich die grausamste Satire, die geschrieben werden kann!

Bei der Unzulänglichkeit der Vorlage wäre es die selbstverständliche Sache von der Welt, daß die einzelnen Beamtenkategorien in zahlreichen Petitionen und in eindringlicher Weise dem Landtag ihre Lage schilderten und um Abhilfe baten. Nach dem Muster der Minister verurteilten aber alle Redner der maßgebenden Parteien diesen sogenannten Petitionssturm aufs schärfste und unterstrichen die Worte des Ministers, der in nicht mißzubeherrschender Weise erklärt hatte, daß „die Beamten nicht nur Rechte zu präzifizieren, sondern auch Pflichten zu erfüllen haben, und daß die Beamten, die sich nicht der Grenzen bewußt sind, die ihnen in dieser Beziehung gestellt sind, damit nur ihre eigene Stellung und ihre eigenen Wünsche beeinträchtigen“. Unsere kleine Fraktion ist die einzige gewesen, die auch in dieser Beziehung die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten, sich in Petitionen an den Landtag zu wenden, mit vollster Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit gewahrt hat.

Zu materieller Hinsicht versuchten unsere Vertreter, durch zahlreiche Anträge eine Verringerung der untersten Beamtenskategorien herbeizuführen, allerdings nur mit geringem Erfolge.

Nach der Regierungsvorlage sollten noch zirka 80 000 Beamte ein Anfangsgehalt von weniger als 1200 M. behalten. Es gelang schließlich nach heftigem Bemühen, das Anfangsgehalt der Klassen I und II um je 100 M. zu erhöhen, also auf 1100 M. heraufzusetzen, aber alle weitergehenden Anträge wurden uns abgelehnt. Das Geld dazu sei nicht vorhanden; auch dürfe man in den Befolgungen der untersten Klassen nicht zu weit gehen, weil man, wie gesagt wurde, „sonst die Begehrlichkeit der Arbeiter, aus deren Kreisen sich diese untersten Beamtenskategorien rekrutieren, auch wecken würde“. Aber für die Gendarmerie, die Oberförster, die Geistlichen und die mittleren Beamten da war Geld genug da, und interessant sind die Gründe für das verhältnismäßige Wohlwollen, mit dem die mittleren Beamten behandelt wurden. Ein Zentrumsmann plauderte wider Willen diese Gründe aus, als er meinte, „man müsse diese mittleren Beamten ausreichend und behaglich stellen, damit sie ihrerseits die ihnen unterstellten Arbeiter auf guten Bahnen erhalten“.

Wegen der weitergehenden Anträge, die unsere Vertreter zugunsten der unteren Beamtenskategorien gestellt hatten, mußten sie sich die heftigsten Angriffe gefallen lassen; diese Anträge seien Utopien und lediglich aus agitatorischen Rücksichten gestellt. Dabei hatten unsere Genossen sich nur die neue bayerische Besoldungsordnung zum Muster genommen, von der selbstverständlichen Auffassung ausgehend, daß, was das relativ arme Bayern seinen Beamten zahlt, das viel reichere Preußen auch zahlen könne und zahlen müsse. Aber unsere Junker wissen eben genau, daß, solange das schändliche Dreiklassenwahlrecht mit seiner öffentlichen Stimmabgabe besteht, sie nicht nötig haben, in ihren Zuwendungen an die unteren Beamten über das hinauszuweisen, was zur Lebenserhaltung unumgänglich notwendig ist. Der Terror, der gegen die Beamten geübt wird, treibt sie ihnen ja zu, gleichviel was die Beamten selber innerlich denken mögen.

In der Anwendung solcher Terrors sind bei den verschiedenen bürgerlichen Parteien übrigens kaum noch irgendwelche Unterschiede zu verzeichnen. Auch unsere Freisinnigen, die in ihren Reden den angeblich von der Sozialdemokratie gegen die Kleinfassente geübten Terrorismus nicht laut genug verdammen können, haben sich bei den Wahlen 1908 nicht gescheut, ganze Kategorien von Unterbeamten bei den Vorgesetzten zu denunzieren, weil sie es vorgezogen hätten, zu Haus zu bleiben, und nicht dem molluskenhaften Freisinn die Stimme zu geben.

Die verschiedenen die Regierung selbst den Wert der Beamtensstimmen bei den Reichstagswahlen und bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus einschätzt, geht mit zynischer Offenheit und Brutalität aus dem nachfolgenden Erlaß des Eisenbahnministers hervor:

Die durch den Erlaß vom 19. v. M. erteilte Ermächtigung, den bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeitern für die durch Ausübung ihres Wahlrechts veräumte Arbeitszeit auch bei künftigen Wahlen eine Lohnvergütung zu gewähren, soll sich, wie ich der königlichen Eisenbahndirektion auf den Bericht vom 3. d. Mts. erwiderte, nur auf die Landtagswahlen beziehen. Für die Reichstagswahlen besteht zum Erlaß einer entsprechenden allgemeinen Anordnung kein Bedürfnis.

Der Erlaß datiert schon vom 14. Februar 1894, besteht aber heute noch zu Recht. Als der Eisenbahnminister von einem unserer Genossen über diese zweifelhafte Bewertung der beiden Wahlen um Aufklärung ersucht wurde, zog er es vor, sich auszusprechen. Die preussischen Unterbeamten werden aber wissen, was sie von diesem Erlaß und seinen Beweggründen, was sie von dem ganzen Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu halten haben; sie werden nicht im Unklaren darüber sein, welche Partei ihre Interessen rücksichtslos und tatkräftig vertreten hat und vertritt und sie werden bei den kommenden Wahlen ihr Verhalten entsprechend einzurichten wissen.

Die geräumten Positionen.

Skutari wird geräumt und die Stadt wird den Flottenoffizieren übergeben werden, die die Mächte vertreten, deren Schiffe jetzt die montenegrinische Küste blockieren. Aber auch Österreich und Italien müssen die Positionen räumen, die sie schon nehmen zu können glaubten. Sowohl in Wien als in Rom erklärt man, daß die albanische Expedition vertagt sei. Man gibt jetzt plötzlich auch zu, daß die Nachrichten über Essad Pascha und über die Zustände in Albanien überhaupt ziemlich unsicher gewesen wären. Essad Pascha meine es, heißt es jetzt plötzlich, nicht so schlimm, er werde sich jedenfalls den Wünschen Österreichs und Italiens nicht mit Gewalt widersetzen und habe vielleicht sogar die Absicht, die provisorische Regierung von Albanien in ihrem Werke zu unterstützen. Man sieht, rasch kann die Diplomatie umlernen, wenn sie nur will.

In Wirklichkeit wird die Expedition deshalb vertagt, weil auf der Vorkonferenz wohl kein Zweifel darüber gelassen worden ist, daß die Mächte der Tripelentente einem

einseitigen Vorgehen Österreichs und Italiens nicht zustimmen können. Dazu kommt noch, daß Österreich und Italien selbst durchaus noch nicht so einig waren, wie man es in den letzten Tagen verkündet hatte, und schließlich der wachsende Widerspruch, der die völlig sinnlos gewordene Politik des Vollzuges nicht nur wie bisher in der Arbeiterschaft und einem großen Teil der österreichischen Slawen, sondern auch zuletzt in den deutsch-bürgerlichen Kreisen fand.

In der Tat herrscht auch nirgends größere Zufriedenheit über das Unterbleiben des albanischen Abenteuers als in Österreich; denn aufgeschoben ist in diesem Fall wohl aufgehoben, und die Ansicht ist allgemein, daß die dumme Ballplatzpolitik das Reich beinahe in einen Abgrund gestochen hätte.

Im übrigen Europa aber hat man wohl das Gefühl, das eine Gesellschaft beiseit, die von einem Verfolgungswahnsinnigen, der plötzlich eingebrochen war, nach einigen Tagen und peinvollen Stunden befreit worden ist, und der Wunsch ist allgemein, daß man in Zukunft von Skutari und Albanien und allem, was drum und dran hängt, möglichst wenig hören möge.

Internationale Besetzung Skutaris.

Wien, 6. Mai. In der Berichterstattung des Königs Nikolaus auf Skutari ist, wie von zuständiger Seite betont wird, von irgendwelchen Bedingungen oder dem Vorbehalt des Beschlusses der Skupchina keine Rede. Daher ist es auch nicht zutreffend, wenn es heißt, daß die Mächte über den Zeitpunkt und die Modalitäten der Uebergabe Skutaris in ihre Hände noch beraten werden. Vielmehr haben die Kommandanten der europäischen Geschwader der Blockadeflotte bereits Instruktionen, mit der montenegrinischen Regierung die Modalitäten über den Abzug der montenegrinischen Truppen aus Skutari und über die Besetzung Skutaris unverzüglich zu vereinbaren und alsbald mit Detachements von Marinesoldaten in die Stadt einzuziehen. Inzwischen wird auch die Regierung in Cetinje durch die Vertreter der Großmächte von den an die Blockadeflotte ergangenen Weisungen in Kenntnis gesetzt werden. Sobald die Besetzung Skutaris durchgeführt ist, wird die Blockade aufgehoben. Die internationale Besetzung soll solange dort bleiben, bis die autonomen albanischen Behörden gemäß dem Programm der Mächte organisiert sind.

Räumung am Donnerstag.

Wien, 6. Mai. Wie der Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ von einer aus Cetinje in Cattaro eingetroffenen Persönlichkeit erfährt, soll Skutari am Donnerstag von den Montenegrinern geräumt werden. Der größte Teil der Truppen in Montenegro soll entlassen worden sein.

Der Ministerwechsel in Montenegro.

Cetinje, 6. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht die Annahme der Demission des Ministeriums Marinowitsch und die Ernennung von Rinskowitsch zum Ministerpräsidenten.

Die albanische Frage.

Budapest, 6. Mai. Der offiziöse „Pester Lloyd“ meldet aus Wien: Das albanische Programm bezweckt die Schaffung Albanien als eines selbständigen, lebensfähigen Staates. Zunächst liegt es den Großmächten ob, die Abgrenzung Albanien fertigzustellen und das Statut Albanien zu beraten. Die nächstbeteiligten beiden Mächte, Österreich-Ungarn und Italien, haben ein unmittelbares Interesse daran, daß dieses Programm tatsächlich durchgeführt werde. Solange das nicht geschehen ist, dauern die von der Monarchie mit Italien eingegangenen Verpflichtungen fort. Diesen Verpflichtungen werden beide Mächte unter allen Umständen treu bleiben und dementsprechend vorgehen. Mit welchen Mitteln und zu welchem Zeitpunkt, steht heute noch nicht fest. Das wird größtenteils von der Entwicklung abhängen, welche die Dinge in Albanien nehmen werden. Von einer Aufteilung Albanien oder auch nur von einer Aufteilung in Interessensphären ist absolut nicht die Rede.

Freude in Wien.

Wien, 6. Mai. Die Blätter nehmen den Entschluß König Nikitas, Skutari zu räumen, mit großer Freude auf und geben der Ansicht Ausdruck, daß mit diesem Ereignis die internationale Spannung in der Hauptsache behoben sein werde.

Die „Neue Freie Presse“ sagt: Was die Monarchie in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der europäischen Mächte wollte, ist buchstäblich geschehen. Skutari wird bedingungslos geräumt und nichts Halbes und nichts Schwächliches heftet sich an den Uebergang zum Frieden nach der ernstesten Kriegsgesfahr. Noch eine Hoffnung möchten wir aussprechen, nämlich, daß auch die geplante Entsendung unserer Soldaten nach Nordalbanien und der italienischen Truppen nach Südalbanien unterbleibe. Die Entfernung von Essad Pascha aus dem albanischen Gebiet wird nach dem Zusammenbruch der Politik des Königs Nikita durch sanftere Mittel gelingen, als durch militärisches Aufgebot zweier Großmächte. Die Monarchie möchte jetzt wie die übrigen Völker Europas alle Segnungen des Friedens genießen.

Alles war erlogen.

Wien, 3. Mai. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet: Der österreichisch-ungarische, der italienische und der französische Konsul hatten in Tirana Unterredungen mit Essad Pascha, welche ergaben, daß Essad Pascha weder ein Königtum unter türkischer Souveränität ansgern, noch die Abtretung albanischen Gebiets im Norden oder Süden zugesagt hat. Die Berichte des italienischen Konsuls lassen die Haltung Essad Paschas als korrekt erscheinen. Essad hat seine albanischen Mitkämpfer entlassen und wird seine regulären Truppen mit denen Dschamid Paschas vereinigen und nach Anatolien zurückziehen. Essad Pascha dürfte wahrscheinlich in Albanien bleiben und seine Dienste der Neuordnung des Vaterlandes widmen.

Oesterreich für Essad Pascha.

Wien, 5. Mai. Die Wiener „Allgemeine Ztg.“ schreibt offiziell: Sollte sich die sehr viel Wahrscheinlichkeit enthaltende Auffassung bestätigen, daß Essad Pascha den ihm von montenegrinischer und serbischer Seite zugeschriebenen Quertreibereien vollständig fernsteht, so würde es wohl in der Natur der Sache liegen, daß Oesterreich-Ungarn sich bemühen würde, zwischen der provisorischen albanesischen Regierung und Essad Pascha ein Zusammenwirken herbeizuführen. Essad Pascha genießt großes Ansehen unter seinen Landsleuten und verfügt über eine beträchtliche Anzahl albanesischer Truppen. Es könnte nur förderlich sein, wenn es gelänge, der provisorischen Regierung die Unterstützung eines so wichtigen Faktors, wie ihn Essad Pascha darstellt, zu sichern und die Macht, über die er verfügt, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Albanien zu verwenden. Die Bemühungen Oesterreich-Ungarns dürften daher dahin gehen, eventuell eine Kooperation zwischen Essad Pascha und der albanesischen Regierung herzustellen.

Eine Polizeiaktion?

Rom, 6. Mai. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß, falls die bisherigen Meldungen über das angebliche Auftreten Essad Paschas gegen die Beschlüsse Europas sich nicht bestätigen, die gemeinsame Aktion Oesterreich-Ungarns und Italiens sich darauf beschränken wird, mit beiderseits gleich starken kleinen Truppendetachements die Ordnungsgewalt in Albanien vorläufig auszuüben, währenddessen soll eine aus Albanier rekrutierte Gendarmerie ins Leben gerufen werden, welcher nach ihrer Ausbildung durch europäische Offiziere die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegen wird. Außerdem werden Oesterreich-Ungarn und Italien es sich angelegen sein lassen, das neue Albanien wirtschaftlich lebens- und entwicklungsfähig zu machen.

Türkische Weisungen für Essad Pascha.

Konstantinopel, 6. Mai. Amlich wird erklärt, daß Verhandlungen im Gange seien über den Transport der türkischen Truppen, die sich in Albanien befinden, sowie der Truppen Essad Paschas, dem befohlen worden sei, seine Truppen unter die Befehle des Kommandanten der Westarmee Ali Miza zu stellen.

Die Serben haben Albanien geräumt.

Wien, 6. Mai. Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite ist der Abtransport der serbischen Truppen aus Albanien sehr weit fortgeschritten. Der albanischen Korrespondenz zufolge hat der letzte serbische Soldat Durazzo am 3. Mai verlassen. In Valona herrscht, entgegen anderen Berichten, Ruhe.

Der Klügere gibt nach.

Wien, 6. Mai. Die „Politische Korrespondenz“ erzählt: Von der gemischten Kommission zur Untersuchung der Ermordung des Franziskanerpaters Palic wurde am 14. April ein Protokoll niedergelegt, nach dem die Kommission zu keinem entscheidenden Resultat gelangte. Wenn auch kein vollständiger Beweis erbracht werden konnte, daß Palic ohne jeden zureichenden Grund niedergemacht wurde, ergab die Untersuchung doch, daß Palic in Jesseln wie ein gewöhnlicher Verbrecher estortiert worden ist und im Gefängnis mißhandelt wurde. Hinsichtlich der Angelegenheit Palic sowie wegen der gewaltsamen Konversionen stellte die österreichisch-ungarische Regierung eine Reihe von Forderungen auf; darunter die Erbauung einer katholischen Kirche, bei deren Einweihung die montenegrinische Regierung sich vertreten lassen muß. Ferner die Vertreibung der montenegrinischen Regierung bei der endgültigen Beisehungsfest für den Ermordeten Palic. Ferner, daß den zur Apostasie gezwungenen Katholiken im Falle ihrer Rückkehr zum alten Glauben die freie Wahl ihres Aufenthalts bezw. der unbehinderte Uebertritt auf fremdes Gebiet garantiert werde.

Die montenegrinische Regierung, die zuerst ausweichend geantwortet hatte, stimmte schließlich auf entschiedene Vorstellungen des österreichisch-ungarischen Gesandten hin allen Forderungen zu und erklärte sich auch bereit, die wegen der bekannten Behinderung des russisch-orthodoxen Kuba auf der Fahrt nach Cattara geforderte Genehmigung zu gewähren.

Der Hausknechtsparagraph vom Reichsgericht gebilligt!

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat gestern die Revision der Landtagsabgeordneten Genossen Borchardt und Leinert gegen ihre Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt verworfen. Es bleibt also dabei: Borchardt muß hundert Mark zahlen, weil er, entgegen einer Anordnung des Präsidenten, seiner verfassungsmäßig im obliegenden Pflicht nachgekommen ist, den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus als gewählter Abgeordneter beizuwohnen. Leinert muß mit 50 M. bluten, weil er — eine Anweisung des Präsidenten, seinen Sitz innezuhalten, befolgt und die entgegenstehende Aufforderung des Polizeileutnants abgelehnt hat, durch Verlassen seines Sitzes der Polizei zu der gewaltsamen Entfernung seines Kollegen Hilfe zu leisten.

Willkür des Präsidenten des Abgeordnetenhauses und Polizeigewalt steht also höher als das verfassungsmäßige Recht und die durch die Verfassung dem Abgeordneten auferlegte Pflicht. Und das nach Ansicht des Reichsgerichts von Rechts wegen. Dem Reichsgericht hatten wir zu viel Vertrauen entgegengebracht, als wir der Ansicht Raum gaben, es werde den Urteilspruch als einen offensichtlich mit der Verfassung und dem Strafgesetzbuch in Widerspruch stehenden kassieren.

Wie kommt das Reichsgericht zu seiner irrigen Ansicht? Der springende Punkt der dürftigen, unten wörtlich

wiedergegebenen Gründe geht dahin: die Entstehungsgeschichte des Art. 78 der preussischen Verfassung soll das Wunder erklären, es liege darin kein flagranter innerer Widerspruch, daß eine Versammlung, deren Recht lediglich auf der Wahl durch das Volk beruht, das Recht haben soll, eines ihrer Mitglieder, das dasselbe Recht durch die Wahl hat, auszuschließen! Diese Art der Deduktion ruft die von Hänel einst geprägte Mahnung ins Gedächtnis: in hochgehenden politischen Zeiten sollen die Juristen ihre Kunst nicht dahin verstehen, alles, was die Politik fordert, mit den Formen juristischer Korrektheit zu umgeben. Die „Entstehungsgeschichte“ des Art. 78 ist eine recht untaugliche Fidesherferin. Gemeint ist die Ansicht der Kommission zur Vorberatung der Verfassung von 1849, nach der das Parlament das Recht zeitweiligen Ausschlusses der Mitglieder habe. Aber seit wann ist die Ansicht einer Kommission Gesetz? In unendlich vielen Fällen hat auch das Reichsgericht entschieden, daß nicht in der Ansicht einer Kommission, auch nicht in der des Plenums, der Wille des Gesetzgebers zum Ausdruck gelangt, sondern allein in dem Text des Gesetzes. Das ist anerkannte Rechtsregel. Darf sie gebrochen werden, wenn es sich um eine Vorbereitung zum Staatsstreich handelt? Denn auf etwas anderes zielt die gewaltsame Entfernung von der Ausübung der Abgeordnetenpflicht nicht hin.

Aber, scheint das Reichsgericht zu meinen, der Wortlaut des Art. 78 bestätige seine Auffassung, weil dort von der Regelung der Disziplin durch das Parlament gesprochen wird. Schon früher haben wir dargelegt: das Wort „Disziplin“ kann begriffsmäßig zur Rechtfertigung des Verfassungsbruchs nicht herangezogen werden. Denn sie zielt auf einen Pflichtenbruch bei Ausübung der Tätigkeit ab, zu der der zu Disziplinierende verpflichtet ist, nicht zu einer Hinderung seiner Pflicht. Disziplinarmaßnahmen darf das Parlament demnach gegen Abgeordnete deshalb in Anwendung bringen, weil diese eine Sitzung schwängen, um sie zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, nicht aber gegen Abgeordnete, weil sie ihrer Pflicht nachkommen.

Abgeordnete aller Parteien haben betont, daß ohne ausdrückliches Gesetz dem Parlament eine Ausweisungsbefugnis nicht zusteht. Wir erinnern an die Liberalen Hänel, Schenk von Stauffenberg, Pasker, an die Konservativen von Gähler, Kleist-Rehow, von Gellendorf und an den Zentrumsabgeordneten von Seemann. Dieser führt aus:

„Ich behaupte, daß das Recht der Ausschließung eines Mitgliedes aus der Versammlung auf Zeit oder für die Legislaturperiode ein innerer Widerspruch ist. Die Repräsentativversammlung hat nach dem Begriffe unserer Verfassungsverhältnisse nicht den Charakter eines Gerichtshofes, sie hat ferner aus sich selbst kein Recht, sondern sie beruht lediglich auf der Wahl durch das Volk . . . und sie soll der Ausdruck des Willens des Volkes sein. Wenn ihre Existenz, ihre Berechtigung auf der Wahl beruht, so ist es ein innerer Widerspruch, zu sagen, eine solche Versammlung habe das Recht, eines ihrer Mitglieder auszuschließen. . . Ich glaube nicht, daß es der Logik entspricht, wenn die Majorität das Wahlrecht gerührt.“

Der höchste österreichische Gerichtshof, das Wiener Reichsgericht, hat in dem absolut gleichliegenden Fall erklärt, daß kraft des Gesetzes dem Abgeordneten Sitz und Stimme gebührt und nicht durch Mehrheitsbeschluß auch nur auf Zeit genommen werden kann. Das geschah unter Vorsitz des kürzlich verstorbenen bedeutendsten Juristen der Gegenwart Josef Ungar. Dem deutschen Reichsgericht sah Dr. Menge vor. Dieser ist im Jahre 1881 bekannt geworden durch seinen freilich erfolglosen Versuch, Professor Mommsen wegen Bismarckbeleidigung zur Verurteilung zu bringen. Er hat später als Hilfsarbeiter der Reichsanwaltschaft, dann als Reichsanwalt die politischen Interessen, die das Reichsjustizamt vertreten wissen wollte, zu vertreten gehabt. Wer ein Menschenalter hindurch lediglich die Tätigkeit des Anklägers zu vertreten hat, kann beim besten Willen sich von der ihm anerzogenen politischen Voreingenommenheit nicht befreien. Das ergangene Urteil ist ein Beweis hierfür. Das österreichische Reichsgericht erklärt kurzweg die lex Falkenhayn als einen Verfassungsbruch, das deutsche eignet sich die Gründe des preussischen Kommissars zur Rechtfertigung des Hausknechtsparagraphen, Oberregierungsrat Falkenhayn, an.

Geradezu humoristisch wirkt der Teil der Gründe, der die Feststellung des Vorfalles, des rechtswidrigen Bewußtseins, des dolus betrifft. Es soll richtig sein, daß jemand strafbar ist, der, von der Richtigkeit seiner Rechtsansicht überzeugt, seiner Ueberzeugung entsprechend handelt, wiewohl er der Ansicht ist, ein Gericht könne in letzter Instanz anders entscheiden. Ist dem so, dann gibt es kaum einen Staatsanwalt und kaum einen Strafrichter, der nicht strafbar wäre. Denn sie alle handeln nach bester Ueberzeugung, aber mit dem Bewußtsein, daß ihre Ansicht falsch sein könne. Der türkische Kadi drückt das durch den Schlußsatz seiner Entscheidungsgründe aus: „Allah weiß es besser.“ Wie steht es, Herr Justizminister, mit der Ziehung der Konsequenzen? Her mit einer Massenanklage gegen Staatsanwälte und Richter!

Das Reichsgerichtsurteil zeigt deutlicher als viele Reden und Aufsätze es vermöchten, wie es mit der Justiz in Preußen-Deutschland bestellt ist. Sie ist bereit, innerlich von der Richtigkeit ihrer Gründe überzeugt, an Stelle des Parlaments und der Verfassung die Polizeidiktatur und die Polizeiwilfür zu setzen.

Auch im Landtagswahlkampf gilt es gegen diese Unnatur der Rechtspflege, die aus ihrer Organisation mit Notwendigkeit entspringt, zu protestieren und der wahren Gerechtigkeit die Wege zu ebnen.

Ueber die Verhandlung erhalten wir folgenden Bericht: Leipzig, den 6. Mai. (Fig. Ver.)

Der Senatspräsident Dr. Menge verkündete das Urteil in der Strafsache gegen die Landtagsabgeordneten Borchardt und Leinert heute um 12 Uhr wie folgt:

„Die zunächst wegen angeblicher Verletzung von Rechten, welche das Verfahren betreffen, erhobenen Rügen sind unbegründet. Die Akten gegen Kolbe sind zum Gegenstand der Verhandlung gemacht. In welcher Weise dies geschah, unterstand dem Ermessen des Vorsitzenden, da Anträge auf Benennung bestimmter Schriftstücke von keiner Seite gestellt waren. Die Rüge, es sei gegen § 377 Ziffer 7 der Strafprozeßordnung verstoßen, weil das Urteil keine Entscheidungsgründe enthalte, ist verfehlt, denn es gibt das Urteil die für erwiesene erachteten Tatsachen an, in welchen die Merkmale der strafbaren Handlung gefunden sind, es enthält also Entscheidungsgründe.“

Was die Schuldfrage anbelangt, so ist der Senat im wesentlichen von folgenden Erwägungen ausgegangen:

Der Angeklagte Borchardt ist wegen Hausfriedensbruchs verurteilt worden, weil er aus dem Sitzungssaal des preussischen Abgeordnetenhauses auf die wiederholte Aufforderung des Präsidenten hin sich nicht entfernt hat und in den Sitzungssaal demnach widerrechtlich eingedrungen ist. Die Berechtigung des Präsidenten zu der Ausweisung wird bestritten unter Hinweis auf die

§§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches.

durch die die Mitglieder gesetzgebender Körperschaften gegen eine gewaltsame Hinderung in der Ausübung ihrer Rechte durch Androhen von Zuchthausstrafen geschützt werden. Selbstverständliche Voraussetzung für den Tatbestand dieser beiden Paragraphen ist die Rechtswidrigkeit. Wer nach Reichs- oder nach Landes-Staatsrecht die Befugnis hat, ein Mitglied aus einer Versammlung zu entfernen, darf diejenige Gewalt anwenden, die nach allgemeinem Rechtsgrundsätzen einem Berechtigten zur Durchführung seines Rechts angewandt erlaubt ist. Die Befugnis des Präsidenten des Abgeordnetenhauses beruht auf

§ 64 der Geschäftsordnung,

der bestimmt:

„Im Falle besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Verletzung der Ordnung kann der Präsident einen Abgeordneten für den Rest des Tages von der Sitzung ausschließen. Der Präsident trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Ausschließung durchzuführen; er kann insbesondere einen Abgeordneten entfernen lassen und seinen Wiedereintritt hindern.“

Ihre rechtliche Grundlage findet die Geschäftsordnung in dem Artikel 78 Absatz 1 der Verfassungsurkunde für Preußen:

„Jede Kammer regelt ihren Geschäftsgang und ihre Disziplin durch eine Geschäftsordnung.“

Mit dieser Bestimmung oder mit dem Artikel 64 der Verfassungsurkunde steht die Maßregel des § 64 der Geschäftsordnung, sowie eine vorübergehende Ausschließung eines Abgeordneten von der Sitzung nicht im Widerspruch. Aus der Entstehungsgeschichte der beiden Artikel der preussischen Verfassung ergibt sich vielmehr deutlich, daß nach Ansicht der gesetzgebenden Faktoren ungeachtet der Immunität der Abgeordneten den Kammeru die Berechtigung zur vorübergehenden Ausschließung eines Abgeordneten nicht verjagt werden sollte. Im Recht der autonomen Regelung der Disziplin liegt die Befugnis begründet, in der Geschäftsordnung solche Maßnahmen vorzusehen, die geeignet sind, zu verhüten, daß durch den Rechtsbruch eines einzelnen Mitglieds der Verhandlungszweck vereitelt wird. Tritt das Recht des Störers auf Teilnahme an den Verhandlungen mit diesem Zweck in Widerspruch, so muß es dem stärkeren Recht der Versammlung weichen und der Störer muß sich die danach notwendigen Beschränkungen gefallen lassen.

Daß sich die Vorschriften des § 64 Absatz 2 und 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses durchaus in den Grenzen einer Sitzungsdisziplin bewegen, muß ohne weiteres anerkannt werden. Der Präsident hat in diesem Falle nur von den ihm in der Geschäftsordnung eingeräumten Befugnissen Gebrauch gemacht, weil er einen Fall besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Verletzung der Ordnung als vorliegend erachtete. Eine Nachprüfung dieser Ansicht durch das Gericht würde einen unzulässigen Eingriff in die auf öffentlichem Recht beruhenden autonomen Befugnisse der Kammer enthalten, der durch den Hinweis auf privatrechtliche Verhältnisse nicht gerechtfertigt werden kann. Der Hausfriedensbruch ist deshalb ohne Rechtsirrtum vom Vorderrichter festgestellt worden.

Strafantragsberechtigt ist das Haus der Abgeordneten, das nach der Geschäftsordnung nach außen durch den Präsidenten vertreten wird. Weil das Verhalten des Angeklagten Borchardt den Tatbestand eines Vergehens gegen § 123 des Strafgesetzbuches (Hausfriedensbruch) enthält und der Präsident die Mittel erschöpft hatte, die ihm zur Verhinderung der Fortsetzung dieser strafbaren Handlung zu Gebote standen, war es die Pflicht der Polizei, dem Präsidenten Beistand zu leisten, in gleicher Weise wie sie auch auf Erhalten eines Privatmanns die Fortsetzung einer Straftat zu verhindern verpflichtet gewesen wäre. Der Polizeileutnant war örtlich und sachlich zuständig und die von ihm angeordneten Zwangsmassregeln lagen in den Grenzen einer rechtmäßigen Amtsausübung, auch soweit sie gegen den Abgeordneten Leinert gerichtet waren, der die Entfernung des Abgeordneten Borchardt unmöglich zu machen suchte und diesem zu dessen Straftaten Beistand leistete.

Die Bestimmungen des § 11 des Strafgesetzbuches (Immunität) stehen der Verantwortlichkeit der Angeklagten für ihre Handlungen nicht entgegen, da es sich bei keinem von beiden Angeklagten um eine bloße Neuerung handelt, sondern um eine Kraft- und Wackprobe, wie das Gericht ausdrücklich feststellt, d. h. um Handlungen, die die Vereitelung der Anordnungen des Präsidenten bezwecken.

Was den Vorfall der Rechtswidrigkeit

betrifft, so hat das Gericht festgestellt, und der Senat ist daran gebunden, daß die Angeklagten gehandelt haben, obwohl sie damit rechneten, daß ihnen ein Recht nicht zur Seite stand. Diese Feststellung wird auch dadurch nicht erschüttert, daß der Vorderrichter bei der Strafzumessung meint, es sei den Angeklagten bei der Kraft- und Wackprobe wohl hauptsächlich darum zu tun gewesen, ihr Recht zu wahren und gerichtlich zum Ausdruck zu bringen. Dieses Motiv der Angeklagten schließt das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht aus.

Auf Grund dieser Erwägungen ist der Senat zu der Entscheidung gelangt:

daß die Revision der Angeklagten gegen das Urteil des Berliner Landgerichts vom 28. September 1912 kostenpflichtig zu verwerfen ist.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. Mai 1913.

Die mecklenburgische Verfassungskomödie.

Heute, am Dienstag, ist in Schwerin jene mittelalterliche Ständeversammlung, die man in den beiden Obotritenländern „Landtag“ nennt, zu erneuter Tagung zusammengetreten, um abermals über eine Verfassungsreform zu beraten. Die Regierungsvorlage wird geheim gehalten; wir können aber dennoch ihren Inhalt mitteilen. Es soll für jedes der beiden mecklenburgischen Großherzogtümer ein Landtag geschaffen werden, und beide zusammen sollen dann den gemeinsamen Landtag bilden, der die allgemeinen Landesgesetze beschließen soll.

Der Schweriner Landtag soll sich wie folgt zusammensetzen: 24 Vertreter der Rittergutsbesitzer, 24 Vertreter der städtischen Magistrat, 4 Vertreter der Gemeindevertretungen des Domantums, 4 vom Großherzog bestellte Vertreter, 2 Vertreter der Handelskammer, 2 Vertreter der Handwerkskammer, 2 Vertreter der Landwirtschaftskammer, 10 Vertreter der ländlichen Bevölkerung und 10 Vertreter der städtischen Bevölkerung.

Der Strelitzer Landtag soll sich zusammensetzen aus: 5 Vertretern der Rittergutsbesitzer, 5 Vertretern der städtischen Magistrate, einem Vertreter des Radeburger Landesteiles, 2 Vertretern des Radeburger Landtages, einem vom Großherzog bestellten Vertreter, 4 Vertretern der ländlichen Bevölkerung und 4 Vertretern der städtischen Bevölkerung.

Ein kurioser Plan, zumal obendrein auch noch die Vertreter der ländlichen bzw. der städtischen Bevölkerung auf Grund eines dreiklassigen Wahlsystems mit indirekter und öffentlicher Stimmabgabe gewählt werden sollen. Wähler kann nur sein, wer seit drei Jahren die medienburgische Staatszugehörigkeit besitzt und im betreffenden Landesteile (in der Stadt oder auf dem Lande) wohnt.

Bekanntlich handelt es sich bei der ganzen Reform im wesentlichen nur um eine Sanierung der landesherrlichen Finanzen. In der großherzoglichen Schweriner Kasse (nicht so in der Strelitzer) ist Erbe, und die soll behoben werden. Das ist alles. Während nach dem jetzigen Staatsrecht der Großherzog aus den Erträgen des Domaniums die Kosten des Landesregiments zu decken hat — seit sehr viel Jahren bekommt er jedoch die Steuererträge des Landes als Zuschuß — soll durch die „neue“ Verfassung der Großherzog finanziell ausscheiden und eine Trennung der privaten großherzoglichen und der Staatskasse stattfinden. Der Schweriner Großherzog soll ein Jahresgehalt von zwei Millionen erhalten und neben dieser „Pensionsliste“ dürfen die Steuerzahler den übrigen Angehörigen der Fürstenfamilie Apanagen in Höhe von 620 000 M. bezahlen!

Ueber die heutige Eröffnung dieses einzigartigen Parlaments wird telegraphisch aus Schwerin gemeldet:

Heute nachmittag 2 Uhr fand im Goldenen Saale des Großherzoglichen Schlosses die Eröffnung des außerordentlichen Landtages beider Medlenburg statt, welcher zur Beschlußfassung über die neue Vorlage zur Abänderung der medienburgischen Verfassung einberufen ist. Um 2 Uhr betrat der Großherzog von Medlenburg-Schwierin und der Erbgroßherzog von Medlenburg-Strelitz den Saal. Der Großherzog verlas dann die ihm vom Staatsminister Grafen v. Wastrow überreichte Thronrede. In derselben verwies der Großherzog auf die neue Verfassungsvorlage, durch welche seine landesherrlichen Rechte erheblich beschränkt würden, und erklärte, er erwarte von der Ritterschaft und der Landschaft die gleiche Entlassung. Sodann verlas der Erbgroßherzog von Medlenburg-Strelitz im Auftrage des Großherzogs von Medlenburg-Strelitz eine Thronrede, die sich in ähnlicher Weise ausdrückte.

Die erste Sitzung fand um 3 Uhr im Konzertsaal statt. Es wurde eine Note der beiden Regierungen überreicht, in der sich diese bereit erklärten, über die Einzelheiten der Verfassungsvorlage in kommissarisch-deputatistische Verhandlungen einzutreten.

Die Beschlußfassung, ob das Anerbieten anzunehmen sei, sowie die Beratung der Frage, ob überhaupt ein Komitee gewählt werden solle, wurden ausgesetzt. Die Stände wollen erst morgen vormittag unter sich beraten. Nachher soll um 3 Uhr eine gemeinsame Sitzung stattfinden.

Das angebliche „Attentat“ auf den Großherzog von Baden.

Von welchem die bürgerliche Presse und das Wolffsche Telegraphenbureau zu berichten wußte, ist, wie jetzt feststeht, gar kein Attentat; denn zu dem Begriff Attentat gehört doch wohl, daß der Attentäter den Willen hat, dem Angegriffenen einen Schaden zuzufügen. Das war aber bei diesem kuriosen „Attentat“ nicht der Fall. Der Reporter Anton Jung ist nur, als der Großherzog am Sonntag in Mannheim in seinen Wagen gestiegen war, um, wie üblich im Mai, zu dem Pferderennen zu fahren, auf das Treibrett des Bogens gesprungen, um seinen Landesfürsten sich einmal in der Nähe zu betrachten. Da der Großherzog sich durch diese Judringlichkeit belästigt fühlte, stieß er den neugierigen Menschen zurück, der von den Umstehenden sofort festgehalten und von der Polizei abgeführt wurde.

In der Wolffschen Depesche heißt es: „Der Großherzog ist unversehrt. In dem Besitz des Jung fand sich ein gewöhnliches Taschenmesser. Jung ist Anarchist und wollte angeblich ein Attentat auf den Großherzog verüben. Die Untersuchung ist durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet.“ Der Polizeibeamte, der Jung festnahm, hat aber mit größter Bestimmtheit erklärt, daß dieser nichts in der Hand gehabt hat. Aus dem Umstand, daß er ein gewöhnliches Taschenmesser bei sich führte, kann man doch unmöglich auf eine Attentatsabsicht schließen; denn es dürfte wenige Arbeiter in Deutschland geben, die nicht ein Messer bei sich haben. Die Nachricht der „Frankf. Zeitg.“, Jung habe das Messer offen in der Tasche gehabt, ist nichts als eine Reporterente.

Nach den Feststellungen unseres Mannheimer Parteiblattes ist der Attentäter Jung geistig völlig minderwertig. Vor ungefähr einem Jahre wurde er ins Mannheimer Krankenhaus überführt, weil er in einem Tobsuchtsanfall zu Hause alles kurz und klein geschlagen hatte. Wie seine Frau angibt, ist ihr Mann geisteschwach und hat häufig starke Kopfschmerzen, was darauf zurückzuführen sei, daß er beim Militär durch einen Sturz vom Pferde eine starke Gehirnerschütterung erlitten habe. Am Sonntag morgen sei ihr Mann ausgegangen und erst gegen mittag stark angezerrten nach Hause gekommen. Auf weiteres Befragen erklärte ferner Frau Jung, daß ihr Mann außer mit seinen etwaigen Arbeitskollegen keinerlei Verkehr unterhalten hat; er hat weder einem politischen noch gewerkschaftlichen oder sonst einem Verein angehört. Auch ist er auf keine Zeitung abonniert gewesen und hat sich um politische Fragen fast nie geäußert.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie sind die denkbar schlechtesten. Es sind sieben Kinder vorhanden, von denen das Älteste 13 Jahre alt ist. Ein Ältes ist zu erwarten. Der Mann hatte in letzter Zeit keine ständige Arbeit, so daß die Armenverwaltung helfend eingreifen mußte.

Es handelt sich also im Falle Jung nicht um ein Attentat und auch nicht um einen Attentatsversuch, sondern um ein unfähiges Gebaren eines geisteschwachen, angezerrten Menschen. Mit der von der bürgerlichen Presse verfolgten politischen Fruktifizierung des „Attentats“ ist es also wieder mal nichts.

Zur Wilhelmshavener Polizeiatende.

Zu den Vorgängen am 1. Mai in Wilhelmshaven wird uns von dort mitgeteilt, daß am Sonnabend sechs der Verlegten verhaftet worden sind, von denen drei nach längerer Vernehmung durch den Untersuchungsrichter wieder entlassen wurden. Obwohl bei dem Zusammenstoß am Donnerstag keine Eskalation erfolgte, scheint die Polizei Material für einen Landfriedensprozeß zu suchen.

Dienstag findet eine öffentliche Protestversammlung statt, die sich mit den Geldentaten der Polizei und den verlogenen Verichten der bürgerlichen Presse beschäftigen wird.

Die „Volksfürsorge“

ist am Dienstag vom Aufsichtsrat in Berlin genehmigt worden. Der Geschäftsbetrieb der „Volksfürsorge“ kann allerdings erst aufgenommen werden, nachdem die Firma in das

Handelsregister in Hamburg eingetragen ist, was dann erfolgt, wenn die Ausfertigung der Konzession durch das Aufsichtsamt vorliegt. Immerhin steht nun fest, daß die „Volksfürsorge“ in nächster Zeit ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen kann.

Ein konservativer Befestigungsversuch.

Nach den letzten Reichstagswahlen tauchte in Schlesien das Gerücht auf, daß die Deutsch-Konservativen im Kreise Löwenberg den Versuch gemacht hätten, die Stimmen der Sozialdemokraten bei der Stichwahl durch Geldangebote zu erkaufen. Die Konservativen leugneten stramm — wie immer. Jetzt ist aber die „Volksmacht“ in der Lage, die beiden Schriftstücke abzubringen, die der Vorsitzende der Ortsgruppe der deutschkonservativen Partei, Malermeister Weymann, an den Kreisvorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, dem am 1. Mai verstorbenen Genossen Alte in Plagwitz, gesandt hat. Die Schreiben haben folgenden Inhalt:

I.
E. Weymann, Löwenberg i. Schl., den 18. Januar 1912.
Werter Herr Alte! Angelegte Abmachung gehört nur uns beiden. Bitte zu niemandem darüber etwas zu äußern, was meinerseits ebenso genau befolgt wird. Wäre es Ihnen möglich, mich heute abend um 8 Uhr aufzusuchen? Sagen Sie, bitte, dem Voten nur ja oder nein. Besten Gruß
E. Weymann.

II.
„Wenn der konservative Kandidat Herr Erich Schäfer zum Reichstagsmitglied am Sonnabend, den 20. Januar, gewählt wird, zahle ich an Herrn Landwirt Alte, wohnhaft in Plagwitz, ohne Bezugnahme auf irgendeine Partei (!) nach erfolgter Wahl und Rückgabe dieses Schreibens sofort 500 Mark, in Worten: fünfhundert Mark!“ E. Weymann, Malermeister.“

Zur Aufklärung des Briefwechsels sei folgendes bemerkt: In dem kleinen Wahlkreise Löwenberg erhielt am 12. Januar der Freisinnige Kopisch 4003, der konservative Schäfer 3588, der Sozialdemokrat Pöhner 2462 und ein Zentrumskandidat 1907 Stimmen. Die Entscheidung stand auf des Messers Schneide. Genosse Alte setzte als ehrlicher Mensch sofort den Kandidaten unserer Partei von dem Befestigungsversuch in Kenntnis und es wurde Vorfrage getroffen, daß der schmutzige Plan vereitelt wurde — Kopisch siegte. Da es aber klar war, daß der konservative Vorsitzende Weymann nicht gesonnen und nicht in der Lage war, die 500 M. aus der eigenen Tasche zu opfern, und da sich Alte durch das ihm abgenommene Wort gebunden fühlte, hat er zu seinen Lebzeiten die Schriftstücke still verwahrt, jedoch dafür gesorgt, daß das Angebot nach seinem Tode dokumentarisch belegt werden könne. Genosse Alte ist am 1. Mai gestorben, die Schriftstücke befinden sich in sicheren Händen. Da die Konservativen die Wahl des Abg. Kopisch wegen Unregelmäßigkeiten angefochten haben, bekommt Herr Weymann vielleicht Gelegenheit, seine Hintermänner zu nennen, jene konservativen Geldmänner, die sich hier wie anderwärts hinter den Kulissen verbergen.

Ein Leichnam.

Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, haben die Vorstände der vereinigten liberalen Parteien in Köln im Verein mit den Vertrauensmännern beschlossen, von der Aufstellung von Kandidaten für die Landtagswahl abzusehen und Wahlenthaltung zu empfehlen.

Wahrscheinlich ist dieser jämmerliche Beschluß durch Ueberstimmung der Fortschrittler durch die Rationalliberalen zustande gekommen, die in Köln den ersteren gegenüber bei weitem in der Mehrheit sind. Damit man die „liberale“ Jaghaftigkeit ganz zu erkennen vermag, fügt wir hinzu, daß die Liberalen bei der Wahl vor fünf Jahren 800 Wahlmänner gegen etwa 1100 des Zentrums aufgebracht haben. Es bedeutet also eine beispiellose Sanfterotterklärung, wenn der „Liberalismus“ sich in der zweitgrößten Stadt Preußens diesmal nicht an der Wahl zum Abgeordnetenhause zu beteiligen wagt.

Fortschrittlich-nationalliberaler Bloß in Baden.

Die Parteileitungen der Rationalliberalen und Fortschrittler in Baden geben folgendes bekannt: „Zwischen der Nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei Badens ist für die kommenden Landtagswahlen ein Wahlbündnis für sämtliche Wahlkreise mit Ausnahme der Stadt Mannheim getroffen worden. Darin wird die gegenseitige Unterstützung der aufzustellenden Kandidaten zugesichert. Damit ist ein weiterer Schritt zu dem Ziele getan, die Bildung einer liberal-konservativen Mehrheit im Landtage zu verhindern und dem Liberalismus den ihm zukommenden Einfluß in der Volksvertretung zu wahren. Das Abkommen wurde von den beiderseitigen Vertretungen, die gestern (Montag, 5. Mai) tagten, genehmigt.“

Die Berner Konferenz.

Aus Paris wird unterm 6. Mai gemeldet:
Zu Beginn der heutigen Kammer Sitzung wurde zwischen der radikalen Parteigruppe und der Regierung die Vereinbarung getroffen, daß die Interpellation über das Verbleiben der Dienstklasse für ein drittes Jahr am 13. oder spätestens am 15. Mai stattfinden solle. Man möchte den Deputierten Gelegenheit geben, sich an der Berner Friedenskonferenz zu beteiligen. Während der Abwesenheit einer größeren Anzahl von Kammermitgliedern will die Regierung nicht über eine so wichtige Frage diskutieren. Nach der Rückkehr der Mitglieder aus Bern wird die Debatte über die französische Gesetzesvorlage beginnen.

Die Vereinigten Sozialisten protestierten heute in einer Parteibesprechung gegen die Absichten der Regierung und beauftragten einige ihrer Mitglieder, eine Erklärung für die Berner Konferenz auszuarbeiten. Die internationale Schiedsgerichtsgruppe setzte heute unter dem Vorsitz des Senators Etournelles de Constant ihre Besprechung über die Berner Konferenz fort und nahm zur Kenntnis, daß 125 Teilnehmer in Bern erscheinen werden. Das Empfangskomitee wird in deutscher und französischer Sprache den Parlamentariern für die zahlreiche Beteiligung seinen Dank ausdrücken. Sodann soll ein Komitee gewählt werden, das sich mit der Festsetzung der Tagesordnung zu beschäftigen haben wird; nachmittags finden dann die Beratungen statt.

Frankreich.

Der Maulkorb.

Aus Paris schreibt man uns:
Herr Louis Barthou gehört im heutigen Frankreich zu den besseren Köpfen. Er ist nicht nur Politiker und Advokat, sondern beansprucht auch als Historiker Geltung. Erst vor ein paar Wochen ist seine Monographie über Mirabeau erschienen, die sich, wenn auch durch keine tiefen geschichtlichen Einsichten, so doch durch eine ansprechende Darstellung auszeichnet. Man sollte also immerhin denken, daß sich Herr Barthou durch die Vornehmheit des geistig Arbeitenden verpflichtet fühle und vor der Freiheit, die die Lebensbedingung des in der Wissen-

schaft tätigen Menschen ist, ehrlichen Respekt empfinde. Aber weit gefehlt. Herr Louis Barthou ist derzeit Ministerpräsident, oberster Lenker der bürgerlichen Staatsgewalt und offenbar haben die bürgerlichen Staatszwecke in seinen Augen den Vorrang vor den unabhängigen Wissenschaftszwecken erlangt. Da haben unglücklich einige Lehrer französischer Universitäten und Mittelschulen in einer öffentlichen Adresse die Besorgnis ausgedrückt, daß die wachsenden Forderungen des Militarismus die Fortentwicklung der nationalen Kultur beeinträchtigen könnten und daß die Verlängerung des Kaiserndienstes den Wettbewerb Frankreichs auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete nicht begünstigen würde. Herr Louis Barthou, der Ministerpräsident, hat diese Besorgten in seiner am Sonntag in Caen gehaltenen Rede ordentlich angefahren: „Selbst bei dieser gemilderten Form ist es ärgernisbringend, daß der Protest die öffentliche Unterschrift von gewissen Beamten erhalten hat, die nur allzusehr geneigt sind, zu vergessen, daß ihre Bürgerrechte durch die Pflichten ihres Amtes begrenzt sind.“ Die obersten Verwalter der geistigen Güter der Nation, die Erzieher der jungen Auslese des Volksgenies — aber so sollte es doch wenigstens sein und dies ist die Fiktion im bürgerlichen Staate — sind „gewisse Beamte“, die zu schweigen haben, wenn auch ihr Gewissen sie zu sprechen drängt.

Ergänzungsgesetze zum Gesetz über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 6. Mai. Der heutige Ministerrat im Elysee hat den Finanzminister und den Kriegsminister beauftragt, Vorschläge zu machen hinsichtlich besonderer Unterstützungen für solche Familien, deren Söhne ein drittes Jahr bei der Fahne zurückgehalten werden würden.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten wurde ermächtigt, einen Gesetzentwurf über das Flugwesen mit Berücksichtigung des Militärflugwesens, über Flugregeln für die Sicherheit der Flieger, des Publikums und des Privateigentums, endlich über allgemeine Vorschriften für den Luftverkehr und die Landung vorzulegen.

Wiederzusammentreten der Kammer.

Paris, 6. Mai. Die Kammer hat heute ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Die Kammer beschloß heute im Einvernehmen mit der Regierung, die Interpellation des Sozialisten Durafour über die Einschaltung der Jahresklasse 1910 unter den Fahnen am Donnerstag, den 15. Mai, zu beraten.

Protest der sozialistischen Fraktion.

Paris, 6. Mai. Die Kammergruppe der vereinigten Sozialisten hielt eine Sitzung ab, in welcher die von der Regierung geplante Zurückhaltung der Jahresklasse 1910 als ungesetzlich und als eine Verletzung der Berechtigung der Kammer erklärt und beschlossen wurde, einen Einspruch gegen diese Maßnahme zu erheben.

England.

Die Londoner Arbeiter demonstrieren für die Redefreiheit.

London, 5. Mai. (Eig. Ber.) Der Kampf der Regierung und der Polizei gegen die Suffragettes hat die Londoner Arbeiter auf den Plan gerufen, die ihre in langen Kämpfen erzwungene Redefreiheit durch die Polizeiwillkür bedroht sehen. Gestern fand eine Demonstration auf dem Trafalgar Square statt, wie sie der historische Platz wohl seit 20 Jahren nicht gesehen hat. Gegen 30 000 Menschen waren anwesend. Jedes Plätschen war besetzt und die Menge füllte alle Straßen, die in die Square mündeten. Auf dem Sockel der Nelsonsäule hinter den Rednern standen die Banner der Londoner Gewerkschaften und inmitten der zahlreichen Menschen, die sich auf der breiten Wiese befanden, sah man zahlreiche Suffragettesfähnen, die trotz der Polizei lustig im Winde flatterten. In den drei zur gleichen Zeit abgehaltenen Versammlungen protestierte man gegen die polizeiliche Unterdrückung der Redefreiheit, wie sie ohne geschickliches Vorgehen gegen die „Womens Social and Political Union“ gehandhabt worden ist; ferner gegen die Anwendung eines 600 Jahre alten Gesetzes, nach dem letzten Samstag Genosse Lansbury zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt wurde; und gegen die Unterdrückung einer Zeitung („The Suffragette“) auf Grund — wie es scheint — überhaupt keiner Gesetzesbestimmung. Wenn wir diese Willkür erst einmal einreichen lassen, sagten sich die Arbeiter, dann wird sich die Polizei auch bald an uns vergreifen. So zogen sie denn in Massen wie vor 26 Jahren nach dem Trafalgar Square, um mit dem Polizeibüffel Abrechnung zu halten.

Die Genossen Keir Hardie, Sanders, Cunningham Grahame, die greise Führerin der „Womens Freedom League“ Frau Despard und zwei den Arbeitern nahestehende linksliberale Parlamentsmitglieder waren die Hauptredner in den Meetings, die von dem Komitee zur Verteidigung der Redefreiheit einberufen worden waren. Die streitbaren Frauenrechtlerinnen waren ziemlich stark vertreten; aber die große Masse der Versammlungsteilnehmer bestand aus der organisierten Londoner Arbeiterschaft. Die Resolutionen waren schon angenommen, man war daran, auseinanderzugehen, da ereignete sich ein Zwischenfall, der zu einer Schlägerei mit der Polizei führte. Die Sache ist von der reaktionären Presse mächtig aufgebauscht worden. In Wirklichkeit handelte es sich nur um eine Schlägerei, die von der Polizei provoziert wurde. Ein Redner, der mit der Veranstaltung nichts zu tun hatte, hatte sich auf der südlichen Seite des Sockels aufgestellt, von der man nicht reden darf, da dort zu wenig Platz ist. Gleich hatte ihn ein Konstabler beim Widel und warf ihn hinunter. Ein zweiter machte den gleichen Versuch und fiel samt den mit ihm ringenden Polizisten hinab in die Menge. Das brutale Aufreten der Polizisten erregte die Menge und bald kam es zum Kampfe. Wir sahen, wie etwa 12 Polizisten in die dicke Menschenmenge hineintritten, um sie zu sprengen. Zwei von ihnen wurden vom Pferde gerissen, einige Pferde sanken in die Anie; dann ritten die Polizisten zurück. Das Ganze dauerte nur einen Augenblick. Aber die Erbitterung gegen die Polizei wuchs mit jedem Augenblick und die Menge, die sonst gleich nach Hause gegangen wäre, blieb auf dem Platz. Der Londoner ist gewöhnlich sehr leicht zu behandeln, wenn die Polizei ihm anständig entgegenkommt. Kommt sie ihm aber grob, so zahlt er mit gleicher Münze heim.

Holland.

Annahme des Küstenverteidigungsgesetzes.

Haag, 6. Mai. Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die Küstenverteidigung einschließlich des Baues eines Forts bei Vlissingen mit 54 gegen 35 Stimmen angenommen.

China.

Das Parlament gegen die Anleihe.

Peking, 5. Mai. Im Repräsentantenhause fand heute nachmittag eine stürmische Sitzung statt. 874 Abgeordnete waren anwesend und von diesen stimmten 222 gegen die Fünfmalanleihe.

Gewerkschaftliches.

Die Wirkungen des Bergarbeiterausstandes in Oberschlesien.

Der Niesenausstand in Oberschlesien, der alle Erwartungen übertroffen hat, wird neue Situationen in der Politik sowohl wie in der Wirtschaft hervorbringen. Der Streik, der nach einigen Angaben nur durch den politischen Nachhunger der Groß-Polen geschürt wurde, ist den Führern über den Kopf gewachsen. Die Geister, die sie riesen, die werden sie nun nicht los. Mögen die Führer andere Zwecke verfolgt haben, die Arbeiter, die jetzt streiken, wollen nur ihre Lage verbessern. Und weil die Polnische Berufsvereinigung nicht genügend Geld hat, um alle Arbeiter zu unterstützen, während die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes ihre volle Unterstützung erhalten, werden es viele Bergarbeiter bereuen, nicht dem alten Verbande anzugehören. Der Pole ist sparsam, will Geld verdienen; das geht ihm noch über seine nationale Begeisterung. Und können die Groß-Polen ihre Versprechungen nicht halten, dann gewinnt der alte Verband an Ansehen und Vertrauen bei den Polen. Damit ändern sich auch die politischen Verhältnisse in Oberschlesien. Die Maier, die die Polen und Zentrumspaffen um Schlesien gezogen, ist durchbrochen, und der sozialdemokratische Agitator findet nunmehr aufmerksame Zuhörer. Je hartnäckiger die Grubenverwaltungen bleiben, und je mehr sie es darauf ankommen lassen, daß sich die Polnische Berufsvereinigung bei diesem Kampfe verblute, um so größer wird die Ernte für die Sozialdemokratie werden.

Als einst im Jahre 1880 im Ruhrrevier 100 000 Knappen die Arbeit niederlegten, da hatte dieser erste große Bergarbeiterstreik auch seine politischen Folgen. Der Niesenausstand gab die Anregung zu der Sozialreform von oben. Wilhelm II. hatte erst einige Monate vorher den Thron bestiegen, und die Scharfmacher hatten bei Hofe noch nicht die richtige Macht. Auch war die Angst vor der Sozialdemokratie gar zu groß. Deshalb wurde der damalige Regierungspräsident von Düsseldorf Herr v. Berlepsch zum „Minister für Sozialreform“ berufen. Am 31. Januar 1890 übernahm er das Portefeuille eines Bergwerksministers, und am 4. Februar erschienen die bekannten kaiserlichen Erlasse. Am 29. März 1890 tagte unter Vorsitz Berlepschs die internationale Arbeiterschulungskonferenz in Berlin. Diese Bestrebungen der Regierung, die Lage der Arbeiter zu verbessern, waren Folgen des Niesenausstandes im Ruhrrevier. Freilich, die arbeiterfreundlichen Absichten der Regierung wurden bald wieder aufgegeben. Der Einfluß der Krupp, Stumm, Stinnes und Konsortien bei der Regierung wurde immer größer, und das war eine Niederlage der Arbeiter bei der Regierung. Heute gibt sich die Regierung erst gar nicht den Anschein, den Arbeitern helfen zu wollen, ja sie erbittert die Arbeiter, indem sie Gendarmen und Schulleute in großer Anzahl in die Streikreviere schickt. Und da in Oberschlesien die Polnische Berufsvereinigung als Gewerkschaft der Situation nicht gewachsen ist, so werden die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie mehr Einfluß erhalten.

Die Bergarbeiter stehen begeistert im Kampf und sie werden stehen bleiben, auch wenn die Polensführer wieder zur Einsicht auffordern. Aber alle, die bisher das Vertrauen der ober-schlesischen Arbeiter hatten, im Arbeitsverhältnis wie an den Wahlen, haben es durch diesen Streik verloren. Die Unternehmer wie die Regierung und auch zum großen Teil die Polnische Partei und die Polnische Berufsvereinigung, weil sie ihre Versprechungen über die Auszahlung von Streikgeldern nicht halten können. Durch den Streik werden der Sozialdemokratie die Türen in Oberschlesien offen stehen. Das wird das politische Ergebnis des Niesenstreiks sein.

Auch wirtschaftliche Nachwirkungen wird der Streik hervorrufen. Durch den großen Bergarbeiterausstand in England im vorigen Jahre, der vom 1. März bis zum 9. April dauerte, und den zehn Tage dauernden Ausstand im Ruhrrevier hatte die ober-schlesische Kohle den Berliner Markt und die Ostsee-Küstengebiete erobert. Der Verbrauch ober-schlesischer Steinkohle in Groß-Berlin betrug im Jahre 1911 1 628 555 Tonnen und im Jahre 1912 2 516 248; das ist ein Steigen am gesamten Kohlenverbrauch Groß-Berlins von 43,20 Proz. auf 52,14 Proz. Und nach den Ostseeprovinzen war der Versand ober-schlesischer Kohle im Jahre 1912 um eine Million Tonnen größer als 1911, während die Einfuhr englischer Kohle um über eine Million zurückgegangen ist. Wenn die Herren Grubenmagnaten wirklich die Patrioten wären, die sie immer sein wollen, dann hätten sie den ober-schlesischen Bergarbeitern, schon aus Freude darüber, England verdrängt zu haben, einige Pfennige zugelegt und die Achtstundenschicht bewilligt. Hier zeigt es sich wieder einmal, wie die Freunde des Kaisers, die Donnersturm, Pleß, Hohentlohe und Wallstrem lieber den deutschen Arbeiter durch Hunger niederringen und England den Markt öffnen, als den Streikenden einige Zugeständnisse machen.

Die Arbeiter sind allerdings nicht an Oberschlesien gebunden; jetzt, während des Streiks, können sie in das Ausland wandern, und nach dem Streik in andere Kohlenreviere Deutschlands. Die Unternehmer werden das Nachsehen haben. Und weil durch die Willkür der Unternehmer die ober-schlesische Kohle einige Absatzgebiete verliert, wird auch die Kohlenförderung wieder eine niedrigere werden. Die Steinkohlenförderung schnellte empor vom Jahre 1911 mit 36 622 969 Tonnen auf 41 543 442 Tonnen im Jahre 1912. Wenn den Unternehmern kein günstiger Umstand zu Hilfe kommt und sie nicht in der Lage sind, durch geeinte Verkäufe höhere Profite herauszuwirtschaften, dann werden sie versuchen, sich am Lohne der Arbeiter schadlos zu halten. Deshalb wird Oberschlesien nicht wieder einschlummern, sondern neue und immer stärkere Gewerkschaftskämpfe werden beginnen. Kommt dann noch hinzu, daß durch die gespannte politische Lage öfter ein Wagenmangel wiederkehrt, weil gerade der Schienenstrang über Oberschlesien freibleiben muß, so haben in den nächsten Monaten die Grubenbesitzer durch Betriebsstörungen und Verandausfälle einen kolossalen Schaden, der den Profit der rheinischen und englischen Konkurrenz erhöht. Und wenn auch das letzte Kohlenbeden Deutschlands, Oberschlesien, durch Lohnkämpfe keine ständigen Lieferungen garantieren kann, weil es die Grubenbesitzer auf einen längeren Kampf ankommen lassen, dann werden die Unternehmer einen Teil ihrer Betriebe für Delferzeugung einrichten. In der Politik wie im Wirtschaftsleben übt der starke unangenehme Geist einiger konservativer Kreise einen negierenden Einfluß aus; und die ganze Nation hat darunter zu leiden. Jedoch ein Zurück zum Feudalismus gibt es nicht mehr. Dadurch, daß der ober-schlesische Arbeiter rein wirtschaftliche Kämpfe führt, erwacht auch seine politische Einsicht, und der Tag wird kommen, an dem die Grubenmagnaten sich als geschlagen bekennen müssen.

Ueber den Ausstand wäre zu berichten, daß in Königshütte viel österreichische Kohle eingeführt wird. Die Förderung der letzten zwei Wochen reicht nicht einmal aus, um die ober-schlesische Industrie mit Kohle zu versorgen. — Die Abwanderungslust unter den Bergarbeitern wird immer größer. Heute erziehen vor dem Landratsamt in Deuthen 2500 Bergarbeiter, die Auslands-pässe nach Frankreich verlangten. Die Polizei zerstreute die Menschenansammlung. Später wurden sie truppweise zugelassen. Auch aus Tarnowitz sind 600 nach Frankreich ausgewandert. Von Niedschowitz gingen 200 Mann nach Oesterreich. Aus Königshütte sind 240 Bergleute nach Gallizien gefahren. Das Wolff-Bureau möchte die Bergarbeiter hänge machen, indem es sagt, die Arbeiter werden von den Beribern nicht für ein französisches Bergwerk, sondern für die Fremdenlegion angeworben. Diese Nachricht ist unzutreffend, weil die Bergarbeiter direkt von den französischen Gruben zur Ueberfiedelung aufgefordert werden. — Der ober-schlesische „Wanderer“ schreibt:

„Zuverlässig erfahre ich, daß seitens hoher Regierungsstellen aller Einfluß ausgeübt wird, um die Grubenverwaltungen zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Unter den Verwaltungen herrscht vorläufig noch geschlossene Einigkeit. Von dem bevorstehenden Besuche des Handelsministers, der ebenfalls mit den Grubenverwaltungen konferieren wird, verspricht man sich Günstigerfolge.“

Der Bergarbeiterverband hat die erste Unterstützung an seine Mitglieder ausgezahlt. Die Polnische Berufsvereinigung wird nur an diejenigen auszahlen, die in großer Not sind. Die Polnische Vereinigung verfügt nur über ein Gesamtvermögen von 773 000 M. Einige Vereine in Deuthen wollen Sammlungen für die Streikenden organisieren. Es sollen Listen von Haus zu Haus zirkulieren.

Berlin und Umgegend.

Friede im Berliner Baugewerbe.

Die Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin hat gestern nach einem Bericht des Vorsitzenden Baumeister Otto Heuer über den Verlauf der diesjährigen Tarifverhandlungen den Einigungsvorschlag des Herrn Magistratsrats v. Schulz angenommen. Damit ist der Friede im Baugewerbe Groß-Berlins auf drei Jahre gesichert.

Achtung, Freiseurgehilfen Tariflich geregelt ist Wollgast, Duttensstr. 25; Schneider, Barfasser, 14a. Aufgelöst ist das Tarifverhältnis bei Bientz, Tilsiter Str. 12, Wraslow, Lichtenberg, Margarethenstr. 26. Verband der Freiseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung im Malergewerbe.

Der nun acht Wochen andauernde Kampf im Malergewerbe nimmt weiter den von Anfang an zu beobachtenden Verlauf. Es gelingt dem Unternehmerverband nicht, das ständige Abdröckeln seiner Mitglieder zu unterbinden, so sehr er sich auch darum mit allen denkbaren Mitteln bemüht. Am 3. Mai fanden noch 9830 Mitglieder des Verbandes der Maler als Aussperrte, Streikende und Arbeitslose im Kampf, gegen 10 963 am 28. April. Gegen den Höchststand der Bewegung, am 15. März, hat sich die Zahl der am Kampf beteiligten Gehilfen um 6931 oder 38 Proz. vermindert. — Die christliche Organisation zählt noch 700 Aussperrte. — Immer mehr Gehilfen können die Arbeit zu neuen Bedingungen oder in Orten aufnehmen, die vom Kampf nicht ergriffen sind, andere arbeiten auf eigene Rechnung, so daß zusammen mit den Mitgliedern des Verbandes der Maler, die in Betrieben, die von vornherein nicht aussperrten oder in Fabriken als Ladierer arbeiten, 10 000 von der Bewegung in keiner Weise berührt wurden. Das ist natürlich nicht nach dem Geschmack der Scharfmacher im Malergewerbe, die schon einige Wochen nach Eröffnung ihrer tüpelförmigen Nachprüfe sich an den aus den Fingern gefolgten Verhandlungen herauslösen, der Verband der Maler sei bereits finanziell erschöpft, was ja bekanntlich das eigentliche Ziel der Herren ist. Daß dies nach mehr als acht Wochen noch immer nicht eingetreten ist, ruft jetzt großes Mißtrauen in weiten Kreisen der an der Nase herumgeführten Reister hervor.

Darum vermehrt sich auch die Zahl der Geschäfte, die mit den Gehilfenorganisationen Tarifverträge abschließen, fortgesetzt. So arbeiteten am 3. Mai 13 818 Gehilfen in 4303 Betrieben zu neuen, meist höheren als in den Schiedssprüche festgesetzten Bedingungen: das sind 1501 Gehilfen und 126 Betriebe mehr, als eine Woche vorher. Wenn die Führer des Unternehmerverbandes diese ihnen peinliche Tatsache zu betreiben suchen und immer weiter stereotyp, wie schon am ersten Tage des Kampfes, verhängern, es seien 38 000 Gehilfen ausgesperrt, und es habe sich an dem Stande der Bewegung die acht Wochen hindurch nichts geändert, so ist das einfach lächerlich, um so mehr, als sich die Gehilfenorganisationen schon immer bereit erklärt haben, ihre Angaben durch außerhalb der Parteien stehende Personen nachprüfen zu lassen. Auf dieses Anerbieten ist der Unternehmerverband bisher begriffschwermüde nicht eingegangen.

Die letzte Woche suchten die Führer des Unternehmerverbandes ihre mißmutig werdenden Mitglieder auf die am 2. Mai in Aussicht genommenen erneuten Verhandlungen zu verlocken. Da diese Verhandlungen nicht stattfinden konnten und wahrscheinlich erst nach Pfingsten zu erwarten sind, ist eine ziemliche Enttäuschung eingetreten, die den Herren Scharfmachern natürlich weiteren Verdruß bereitet. In den letzten Tagen sind in Trier und Erlangen wieder über die Schiedssprüche hinausgehende Tarifverträge abgeschlossen worden; in mehreren anderen Städten ist die Bewegung aus Mangel an Aussperrten erloschen.

Streiks der Schiffszimmerer.

In Bewersleben bei Bitter in Holstein haben wegen Ablehnung der gestellten Forderungen auf allen drei Werften die Schiffszimmerer sowie die organisierten Schmiede, Schlosser und Hilfsarbeiter die Arbeit eingestellt, nachdem die Verhandlungen kein Resultat gezeitigt hatten.

In Oberberg (Nark) und auf der Werft von R. Häting in Niepe am Rindomalan dauert der Streik nach erfolgloser Verhandlung ununterbrochen fort. Der Stand des Streiks ist aussichtslos. Ein Teil der Streikenden hat bereits anderweitige Beschäftigung gefunden, trotzdem die Unternehmer alle Hebel in Bewegung setzen und kein Mittel unversucht lassen, um die Annahme der Streikenden unmöglich zu machen. Den Bemühungen der Herren Pape und Häting ist es auch gelungen, die Entlassung von zehn der Streikenden herbeizuführen, die bei dem königl. Wasserbauamt Beschäftigung gefunden hatten. Den gewünschten Erfolg hat diese Maßnahme aber nicht erzielt. — Der Zug nach diesen Orten ist noch wie vor streng fernzuhalten.

In Neuwary in Pommern ist der Streik erfolgreich beendet. Die bisherige 11stündige Arbeitszeit ist auf 10 Stunden herabgesetzt worden und die Löhne wurden entsprechend erhöht.

Die Arbeiter in den Harzer Granitsteinbrüchen bei Bernigerode hatten vergeblich versucht, auf dem Wege der Verhandlungen eine Erhöhung der Löhne zu erreichen, die im Harzer Steinbruchgebiet um 20 Proz. niedriger sind als in anderen Steinbruchgebieten Deutschlands. Die Steinbrüche bei Bernigerode gehören der Stadt und sind an Privatunternehmer verpachtet. Es werden dort fast nur Bordsteine gebrochen und gehauen. Einige Unternehmer haben die Forderungen bewilligt, so daß etwa 150 Arbeiter nicht streiken; 340 Arbeiter sind ausständig.

Ausland.

Eine erste Bewegung der italienischen Eisenbahner.

Rom, den 5. Mai 1913. (Fig. Ver.) Durch ihr unqualifizierbares Verhalten hat die Generaldirektion der italienischen Staatsbahnen einen ersten Konflikt mit dem Personal heraufbeschworen. Das letzte Geheiß über die Rechtsstellung der Eisenbahner räumte dem Personal das Recht ein, Vertreter der einzelnen Kategorien in einen Ausschuß zu entsenden, in dem die Interessen des Betriebes und des Personals beraten werden sollen. Dieser Ausschuß, den man das „Parlamentino ferroviario“ nennt, soll zweimal jährlich einberufen werden. Durch dieses Vertretersystem suchte man das Personal dafür zu entschädigen, daß dasselbe Gesetz nominell die Streikfreiheit aufhob, indem es das gemeinsame Verlassen des Dienstes mit Disziplinarstrafen bedrohte. Nun hat aber die Generaldirektion das „Parlamentino“ 18 volle Monate nicht einberufen, und als die Vertreter endlich zusammentraten, fanden sie, daß auf der Tagesordnung ihre schriftlich dargelegten Forderungen unberücksichtigt geblieben waren, und daß der Gesetzentwurf über die Witwen- und Altersversicherung der Eisenbahner, zu dessen Einzelheiten die Vertreter Vorschläge zu machen gewünscht hatten, bereits dem Parlament vorlag. Die Mehrheit der Vertreter der Eisenbahner protestierte gegen dieses Verhalten der Generaldirektion und verließ die Sitzung. In der Folge richteten zwei Eisenbahnbeamte, die Genossen Panni und Pecora, ein Schreiben an den Generaldirektor, das in sehr heftiger Weise die Haltung der Direktion kritisierte. Dieses Schreiben nun hat der Generaldirektion Anlaß gegeben, ein Disziplinarverfahren gegen die beiden Beamten einzuleiten, was zweifellos eine unbillige Beschränkung des ihnen als Delegierten zustehenden Rechtes darstellt. Gegen dieses Vorgehen der Regierung, die sich durch die Erklärungen des Ministers Sacchi in der Kammer in allen Stücken mit der Generaldirektion solidarisch erklärt hat, nimmt nun das gesamte organisierte Personal Stellung und ist sogar bereit, durch den Streik das Recht ihrer Vertreter auf freie Kritik zu verteidigen. Das Verhalten der Regierung ist um so unklug, als sie dadurch eine Einrichtung diskreditiert, die sicher mehr in ihrem Interesse als in dem des Personals geschaffen worden ist. Man vergesse nicht, daß unter den italienischen Eisenbahner die syndikalistische Richtung die Oberhand hat. Diese hat natürlich jedes Vertretersystem bekämpft, da sie auch im gewerkschaftlichen Leben die direkte Aktion der parlamentarischen voranstellt. Was die Regierung heute tut, läuft auf eine Verrückung der syndikalistischen Auffassung hinaus. Um die Sache ganz toll zu machen, ist der Arbeitsminister, der dieses Verhalten in der Kammer gegenüber einer Interpellation Turatis auf das schroffste vertreten hat, ein radikaler: der Abgeordnete Sacchi. Sacchi hat sich wirklich in der Wahl seiner radikalen Mitarbeiter nicht geirrt: er findet sie zu jedem reaktionären Handlangerdienste bereit.

Letzte Nachrichten.

Zur Berner Verhandlungskonferenz

sind bis jetzt 130 Abgeordnete aus Frankreich und Deutschland angemeldet. Die Plenarsitzungen sind öffentlich. Zur Eröffnungssitzung werden alle Mitglieder des schweizerischen Nationalrates, sowie die Berner Regierung geladen.

Wie aus Paris gemeldet wird, werden Jaurès und fünfundzwanzig Mitglieder der geeinigten sozialistischen Partei am Freitag nach Bern reisen, um am Sonnabend an einer vorbereitenden Sitzung teilzunehmen, die von den Führern der geeinigten Sozialisten Frankreichs und der deutschen Sozialdemokratie im Hinblick auf eine internationale Konferenz veranstaltet wird. Mehrere Abgeordnete von anderen Parteien der Linken werden ebenfalls der Konferenz einzeln beizubehören.

Die Friedensbedingungen der Vorkämpfer.

London, 6. Mai. (W. T. B.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die Vorkämpfer gestern Abend ihren Regierungen den Entwurf der Friedensbedingungen telegraphiert, der als Ergebnis der Verhandlungen der Vorkämpfer in London aufgestellt worden ist. Es wird erwartet, daß die Genehmigung der Regierungen bis zum Donnerstag eintrifft. Der erste Paragraph verzeichnet die Tatsache, daß Friede und Freundschaft unter den Kriegführenden wiederhergestellt sind. Der zweite Paragraph sieht die Abtretung allen Gebietes westlich der Linie Enos-Midia seitens der Türkei vor. In einem weiteren Artikel geben die Kriegführenden ihre Zustimmung, die Grenzen und den Status Albaniens durch die Mächte festsetzen zu lassen. Kreta soll an Griechenland abgetreten werden, während das Schicksal der Ägäischen Inseln und des Berges Athos der Entscheidung der Mächte vorbehalten bleibt. Artikel 6 sieht vor, daß alle finanziellen und wirtschaftlichen, durch den Krieg hervorgerufenen Fragen, die eine Folge des Krieges sind, von der in Paris tagenden Kommission behandelt werden sollen. Es ist auch eine Bestimmung getroffen für den Abschluß von Sonderabkommen zur Behandlung von Fragen der Jurisdiktion und anderer ähnlicher Gegenstände. Während man erwartet, daß die übrigen Balkanstaaten den Entwurf der Friedensbedingungen annehmen werden, wird es in griechischen Kreisen in London nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß Griechenland zunächst einige Sicherheiten hinsichtlich der Ägäischen Inseln und der Grenzen von Epirus fordern dürfte.

Ein Frauenstimmrechtsduell der englischen Regierung.

London, 6. Mai. Das Unterhaus leitete die Debatte über die Wahlrechtsvorlage fort. Premierminister Asquith und Staatssekretär Grey waren die einzigen Mitglieder der Regierung, welche das Wort ergriffen. Asquith führte aus: Er sehe Seite an Seite mit Grey seit 27 Jahren im Hause, und mit Ausnahme der Frage des Frauenstimmrechts seien nie niemals in irgend einer wichtigen politischen Frage verschiedener Ansicht gewesen. Obgleich die Regierung über wesentliche Punkte der Wahlrechtsfrage verschiedener Meinung sei, so sei sie doch einig hinsichtlich der Politik, die zu verfolgen sei. Er vertritt, daß die Ausdehnung des Wahlrechts im Interesse der Frauen oder der Allgemeinheit liege, oder daß sie den Erfolg haben werde, das politische, gesellschaftliche, und häusliche Leben zu bereichern und zu stärken. Er werde gegen die Wahlrechtsvorlage stimmen.

Staatssekretär Grey betonte: Die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Premierminister und ihm in der Wahlrechtsfrage bestesse seit 25 Jahren und es sei nicht zu befürchten, daß die Neubestimmung dieser Meinungsverschiedenheit irgend welchen Einfluß auf ihr politisches Zusammenwirken oder auf ihre persönliche Freundschaft haben werde. (Beifall.) Er halte aber daran fest, daß die ganze Richtung des modernen Lebens und der modernen Erziehung dahin gehe, den Frauen das Stimmrecht zu geben. Und so lange die Frauen kein Stimmrecht hätten, werde die Demokratie in industriellen und politischen Fragen hoffnungslos unvollständig bleiben.

Eine Kirche durch Feuer zerstört.

London, 6. Mai. (W. T. B.) Ein Brand zerstörte heute die schöne moderne Katharinenkirche in Gatham im Südosten von London. Der Schaden wird auf 10 000 Pfund Sterling geschätzt.

Zum Landtagswahlkampf.

Volkschule und Wehrkraft.

Während auf der einen Seite alljährlich ungezählte Millionen für vermehrte Rüstungen aufgewendet werden, unter dem Vorwand, daß das „Vaterland“ zu seiner Verteidigung immer mehr und immer mehr Waffenrüstungen brauche, wird der andere Faktor der Landesverteidigung, Bildung und Intelligenz der breiten Volksmassen, aufs sträflichste vernachlässigt. Freilich, an den Waffenlieferungen machen die großen Kapitalisten enorme Profite; an der Volkschule aber gibt's nicht viel zu verdienen. Daß aber eine gute Bildung der Massen für die Wehrkraft des Landes unerlässlich ist, kann füglich kein Denker bestreiten. Es kommt im Kriege nicht allein auf körperliche Kraft und Gewandtheit an, sondern mindestens ebenso sehr auf Klugheit, Umsicht, Geistesgegenwart, Kenntnisse. Und zwar genügt es nicht, wenn die Führer diese Eigenschaften besitzen; auf die Masse kommt es an. Immer wieder muß an jenes Wort erinnert werden, das kein Geringerer als Zicht vor 100 Jahren gesprochen hat, als es galt, die französische Fremdherrschaft abzuschütteln:

„Dasjenige Volk, das bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Bildung besitzt, wird zugleich das mächtigste und glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit, unbesiegt für seine Nachbarn.“

Es genügt also nicht, daß ein Land gute Gymnasien, Oberrealschulen und Universitäten besitzt; will es seine Wehrkraft auf der Höhe halten, so muß es vor allen Dingen für gute Volksschulen sorgen! Das ist viel wichtiger, als immer neue und neue Milliarden in den unerlölichen Schlund der Rüstungs-Kapitalisten zu werfen.

Und noch ein anderes ist zu bedenken: die Weltmarktstellung des Reiches, von der die bürgerlichen Parteien immer so viel Aufhebens machen, kann auch nicht allein durch Kanonen und Soldaten gewährleistet werden. Viel kommt dabei auf eine intelligente Arbeiterschaft an. Vor drei Jahren hat Professor Kammerer von der Technischen Hochschule in Charlottenburg aus der Entwicklung der modernen Technik den Schluß gezogen: „Die industrielle Zukunft wird dem Staate mit der intelligentesten, tüchtigsten und am besten ausgebildeten Bevölkerung gehören.“

Aus alledem folgt, daß diejenigen, denen es wahrhaft um die Sicherheit, Macht und Größe des Vaterlandes zu tun ist, keine dringendere Aufgabe haben, als für eine gute Volksschule zu sorgen. Aus alledem folgt aber auch, daß es eine schwere Verfehlung ist, die preussische Volksschule in dem jämmerlichen Zustande zu belassen, in dem sie sich heute befindet.

Konservativer Terror.

Das öffentliche Wahlrecht gilt den Konservativen und ihren Gesinnungsbrüdern als heiliges Zwangsmittel. Die Beaufsichtigung der Wähler soll einen „heiligen Einfluß“ auf ihre Entschlüsse ausüben. Sie sollen gegen ihr eigenes Interesse wählen, sie sollen, von Angst vor Maßregelungen und Ausbeutung stimmen. Und man weiß, daß die über sozialdemokratischen Terror so gern sich heuchlerisch entrüstenden Junker den Terror in der brutalsten Weise ausüben. Daß das aus Grundgesetz geschicht, enthüllte der konservative Abg. v. Arnim-Jüsedom am 13. Februar 1907 im Abgeordnetenhaus mit zynischem Vorkommen. Er forderte zu Maßregelungen also auf:

„Es muß sich durchführen lassen, daß, wenn nicht ein ganz besonderer Arbeitermangel herrscht, auch die sozialdemokratisch organisierten Bauarbeiter — über deren Zugehörigkeit zu dem Hamburger Verbande sich leicht Ermittlungen anstellen lassen — als Saisonarbeiter in den Staatsforstbetrieben nicht beschäftigt werden.“

Dieses Bekenntnis einer schönen Seele zeigt, daß die Junker vor keinem Terror zurückschrecken und daß sie von dem ihnen

Kleines feuilleton.

Sören Kierkegaard, der dänische Lebensdenker und Religionsphilosoph, wird in diesen Tagen aus Anlaß seines hundertsten Geburtstages weiteren Kreisen als ein Geist von nachwirkender Bedeutung zugeführt. Er war eine wichtige Bekennernatur, und insofern steht sein Leben über seine Zeit hinaus: es ist vorläuferhaft erfüllt von Erschütterungen, die das Leben Abens, Tolstojs, Nietzsche für die letzte Vergangenheit wichtig gemacht haben. Ein besonderes Interesse an dieser individualistisch gerichteten Persönlichkeit bezeugen heute die Kreise, die sich für eine Neugeburt romantischer Geistesarbeit und für eine religiöse Bewegung eingesetzt haben, die das Christentum, losgelöst von kirchlicher Autorität, als ein förderndes Element persönlichen Lebens retten und sichern will. (Kierkegaards Werke erschienen deutsch vor kurzem bei E. Diederichs, Jena.) Kierkegaard ist gesättigt mit den Werksmalen der Romantik. Er war eine leidenschaftlich-fanat�ische Natur. In ihm brach der Emanzipationsdrang der dreißiger Jahre aus, der von toten Formen und ererbten Autoritäten loswolle und doch nicht entscheidend loskam. Sein Lebenswahlwort „Entweder-oder“, gewonnen aus einem schwer abgerungenen persönlichen Entschluß, der Auflösung seiner Verlobung mit einem bis zum Tode geliebten Weibe, ein Wort, das ihm zum Titel seines ersten Lebensbeichtbuchs wurde, und das man ihm dann in den Gassen Kopenhagens als Spottnamen nachrief, ergänzte sich ihm zuletzt widerstandslos mit einem „Sowohl als auch.“ Seine Lehre wollte Denken und Leben zur Einheit verbinden: was das Denken eroberte, sollte im persönlichen Leben zu greifbarer Existenz gelangen. Er war überzeugt: nur was mit subjektiver Energie und Leidenschaft ergriffen werde, nur das könne die Wahrheit sein.

Aus dieser Erkenntnis heraus hatte er allen Zwang, der den Menschen in Gefahr brachte, ein „Wasserpeter“ zu werden, mit ihr peitschte er schonungslos die heuchlerische Moral. Er rief: „Mögen andre darüber klagen, daß die Zeit schlecht sei; ich klage darüber, daß sie erbärmlich ist, denn sie ist ohne Leidenschaft. Die Gedanken der Menschen sind dünn und gedreht wie Spizen, sie selbst elend wie Spizenklöppelchen. Ihre Herzensgedanken sind zu erbärmlich, um standhaft zu sein. Für einen Wurm könnte man es viel leicht sündhaft nennen, solche Gedanken zu hegen, nicht für einen Menschen, der nach Gottes Bild erschaffen ist. Ihre Lüste sind lau und matt, ihre Leidenschaften schlaff; sie tun ihre herkömmliche Pflicht, diese Kräfte zu hegen, aber erlauben sich doch wie die Juden, den Dulden ein klein wenig zu beschneiden; sie meinen, wenn unser Herr noch so ordentlich Buch führe, könne man es doch wohl riskieren, ihn ein bißchen zu betrügen. Wut über sie! Deshalb kehrt meine Seele immer zum alten Testament und Shakespeares zurück. Dort fühlt man doch, daß es Menschen sind, welche leben; dort haßt man, dort liebt man, mordet seinen Feind, verflucht seine Rachgierigkeit.“

willigen Staate verlangen, er solle die Staatsbürgerrechte der Arbeiter mit Füßen treten!
Preussische Kultur!

Die Steuercheu der Junker.

Die Steuercheu unserer Junker, wie sie in der Gestaltung der Reichseinkommen und in der schroffen Ablehnung jeder durchgreifenden Reichserbschaftsteuer sich zeigt, ist allgemein bekannt, bildet sie doch zurzeit den bei weitem wichtigsten Anknüpfungspunkt für die Entwicklung der Parteiverhältnisse und damit für die ganzen inneren Zustände Deutschlands.

In den Einzelstaaten, in denen, wie in Preußen, neben den Einnahmen aus den staatlichen Betrieben direkte Einkommens- und Vermögenssteuern die Haupteinnahmequellen bilden, konnte diese Steuercheu nicht immer gleich schroffen gesetzlichen Niederschlag finden, denn es ging schließlich doch nicht an, in die Einkommens- und Ergänzungssteuergesetze zahlreiche Ausnahmebestimmungen zugunsten der „Landwirtschaft“ hineinzuschreiben.

Was aber auf direktem gesetzlichen Wege nicht gemacht werden konnte, wurde auf indirektem Wege erreicht, und wozu beherzigen denn unsere Junker unumwunden die gesamte Verwaltung Preußens, wenn sie nicht instande sein sollten, auch im Verwaltungswege auf Schritt und Tritt Sonderprivilegien für sich herauszuholen! Der Uebergang der Grundsteuern vom Staat auf die Gemeinden und Gutsbezirke, die Anrechnung solcher von den Gutsbesitzern nicht zu zahlender Grundsteuern auf die Steuersumme für die Einreichung in die Wählerklassen, die Einschätzung des Einkommens und Vermögens durch zuverlässige Kommissionen unter dem Vorsitz des Landrats, die Festlegung gleichmäßiger Grundsätze für die Abschreibungen bei landwirtschaftlich benutztem Gelände sind nur einige wenige, wenn auch wichtige materielle Vorteile, die unsere Junker herauszuholen verstanden haben.

Allen solchen Vorteilen im einzelnen nachzugehen und sie in Wort und Pfennigen umzurechnen, wäre eine ebenso notwendige wie interessante Aufgabe. Leider ist diese Aufgabe eine enorm große und bei der höchst entwickelten Verwaltungsorganisation und Verwaltungspraxis Preußens eine so schwierige, daß sie ohne amtliches Material kaum durchzuführen ist. Man muß sich zunächst daher damit begnügen, gelegentliche Beispiele, wie sie gerade bekannt werden, herauszugreifen und an ihnen die unerlölichen Habgier und die nicht zu überkreuzende Steuercheu unserer Junker im großen und kleinen aufzuzeigen.

Ein solches Beispiel bieten u. a. die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus über die Robelle zum Stempelsteuergesetz, welche die Regierung 1909 auf Wunsch des Hauses, um Mittel für die Erhöhung der Beamtenbeholdungen fähig zu machen, ausgearbeitet und vorgelegt hatte. In dieser Robelle wurden alle Rechtsabhandlungen, die im bürgerlichen Leben vorkommen, mit erhöhten Stempelsteuern belegt, sowie bestimmt, daß nunmehr nicht wie bisher nur schriftliche, sondern auch mündliche Mietverträge der Besteuerung unterliegen und zwar mit einem Steuerfuß, der bei Wohnungen mit einem Mietzins von 300 bis 1000 M. $\frac{1}{10}$ statt wie bisher nur $\frac{1}{10}$ vom Hundert betrug.

Ausnahmen von neuen Erhöhungen machte der Entwurf überall nur da, wo die Interessen der Wohnungsbesitzer in Frage kommen, und zwar mit einer Offenheit und Brutalität, wie sie selbst bei uns Preußen nicht alltäglich ist. So war im Gegensatz zur Wohnung des kleinen Mannes der Stempel für alle landwirtschaftlichen Pachtungen auf dem bisherigen Satz von $\frac{1}{10}$ des Pachtzinses belassen, gleichviel wie hoch dieser Pachtzins ist. Die Motive bemerkten hierzu kurz und bündig: „eine stärkere steuerliche Belastung verbietet sich aus Rücksicht auf die oft wenig leistungsfähigen Pächter kleinerer oder mittlerer Grundstücke.“ Daß es auch Pächter sehr großer landwirtschaftlicher Grundstücke gibt, die selber höchst potente Herren sind, hatte die Regierung den Agrariern zu Liebe ganz vergessen!

Zu solchem Vorgehen paßte auch die geradezu ungläubliche Tatsache, daß der Zideikommißstempel im Entwurf überhaupt nicht erwähnt war. Als in der Kommission eine Erhöhung dieses Stempels, der doch wirklich eine kräftige Erhöhung betragen könnte, angeregt wurde, wurde dem von Regierung und den Konservativen sofort entgegengetreten. Eine Erhöhung des Zideikommißstempels würde, so sagte man, in so viele wichtige und

schwertwiegende Gebiete übergreifen, daß man so nebenbei bei Gelegenheit eines Stempelsteuergesetzes eine solche Erhöhung nicht vornehmen könne. Auf allen anderen Gebieten des privaten und gewerblichen Lebens, sofern die Großgrundbesitzer daran nicht beteiligt sind, glaubte man aber solche Rücksicht selbstverständlich nicht nehmen zu brauchen.

Ewig schade für die Beurteilung preussisch-deutscher Zustände ist es auch, daß die Verhandlungen der Kommission über die Jagdprivilegien nicht stenographisch aufgenommen wurden. Wenn irgend etwas in der Welt eine reine Luxusausgabe ist, so sind es Jagdprivilegien auf größere Jagden, und selbst die konservativ-agrarische Regierung hatte einen Stempel von 10 Proz. auf solche Privilegien vorgeschlagen. Die Beratung über diese Position wurde zunächst zurückgestellt und zwar aus dem Grunde, weil Jagdfragen Fragen so aufregender Natur seien, daß man sie ohne zwingendste Notwendigkeit nicht ansprechen sollte! Man wollte daher zunächst einmal sehen, ob man nicht aus den anderen Positionen des Tarifs die benötigten Millionen herausquetschen könne. Als man sich dann schließlich zur Beratung bequemen mußte, wurde der von der Regierung vorgeschlagene Stempel von 10 Proz. sofort um das Zwanzigfache, d. h. bis auf ein Halb vom Hundert gekürzt. Während man die Stempel für Notwendigkeiten und Lustbarkeiten aller Art, die für die Massen in Betracht kommen, um ein Vielfaches erhöhte, war man auf das Aengstlichste bemüht, das Vergnügen und die Jagdpassion der Junker steuerfrei zu lassen.

Es bedarf nicht der Erwähnung, daß unsere kleine Reaktion in schärfster Form gegen alle solche Beschlüsse Front machte, aber ebenso selbstverständlich ist es, daß wir nach keiner Richtung durchdrangen. Für die arbeitende Bevölkerung Preußens wird es aber bei den kommenden Wahlen erhebend sein zu wissen, daß sie selber zwar unter der Last der indirekten und direkten Steuern fast erliegt, daß sie z. B. auch bei dem nicht zu umgehenden Wohnungsstempel neuerdings um das Dreifache gekröpft wird, daß dafür aber unsere Junker auch weiterhin ihre Jagdgründe ohne erhöhte Aufwendungen anpachten können!

Landtagswählerverfammlungen.

Steglitz. „Preußen, das Land der Verheißung.“ über dieses Thema sprach in einer gut besuchten Wählerversammlung im Albrechts-Bohofe Genosse Dr. Freitshaid. Die Versammelten quittierten die Ausführungen des Redners mit großem Beifall. In der Diskussion ergriff noch Genosse Salinger die Frauen, als völlig rechtlose Staatsbürgerinnen an dem bevorstehenden Landtagswahlkampf teilzunehmen.

Zeuthen. Vor gut besuchter Versammlung sprach am Sonntag Genosse Kläh über das Thema: „Die Anrechnung des Volles durch den Preussischen Landtag.“ Die Versammelten lauschten andächtig den Ausführungen des Referenten, der die Sünden der Landtagsmehrheit vortrefflich ins rechte Licht zu rücken verstand. Nach einer Aufforderung zum Abonnement auf die Parteipresse und Beitritt zur Organisation wurden die vom Wahlkomitee vorgeschlagenen Wahlmänner einstimmig gewählt.

In Wühlensbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen) sprach in gut besuchter Versammlung Genosse Duhl. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe unter stürmischem Beifall der Anwesenden.

Birkenwerder. Hier sprach vor einer gut besuchten Versammlung im Gefellschaftshaus Genosse Stadthagen. Seine treffliche Kennzeichnung des preussischen Junkertums von Einst und Jetzt sowie der Appell an die Versammelten, am Tage der Wahl nur für die sozialdemokratischen Wahlmänner einzutreten, wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Vor und nach dem Referat brachte der Arbeitergesangverein Birkenwerder einige stimmungsvolle Gesänge zum Vortrag.

Zichtenu. In einer öffentlichen Wählerversammlung, die zahlreich von Frauen besucht war, referierte am Sonntag Genosse Sonnenburg über die bevorstehenden Landtagswahlen. Seine Kritik der preussischen Zustände wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Versammlung nominierte dann die Wahlmänner für die Wahlbezirke Zichtenu, Klein-Schönebeck, Gemeinde Rahnsdorf und — eine Blüte des Dreiklassenwahlsystems — den aus räumlich weit getrennten Ortsteilen zusammengesetzten Wahlbezirk: Gemeinde Schöneiche, Gut Schöneiche, Wilhelmshagen und Gut Rahnsdorf.

Alt-Landsberg. In einer sehr gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung referierte am Sonntag Genosse Stimmig-Lichtenberg. Die Ausführungen des Referenten sowohl als auch die Ansprache des Kandidaten Genossen Gutsbesitzer Doser fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung.

Rahnsdorf-Kallberge. Hier sprach Genosse Hellmut Lehmann in Restaurant Wähler in Kallberge in einer öffentlichen Wählerversammlung über das Thema: „Auf zur Landtagswahl.“ Der

durch alle Geschlechter, dort sündigt man!“ Das ist derselbe Jörn, mit dem auch Heinrich Heine auf die Heuchelei jener Zeit einschlug: „D daß ich große Laster hab, Verbrechen blutig, kolossal, nur die so satte Jugend nicht und zahlungsfähige Moral!“

Sören Kierkegaards Lehre lief aus in ein System persönlicher Verinnerlichung. Sein ganzes Leben lang — dieser Jug ist echt romantisch — vermiß er, irgend eine soziale Konsequenz aus seiner Lehre zu ziehen. Georg Brandes sagte: wenn es sich um die Wirklichkeit handelt, schreie er wie eine alte Jungfer vor dem „Spektakel der Außenwelt“ zurück. Er ist alles in allem ein Ausläufer der idealistischen Philosophie, die sich in den vierziger Jahren in der Sadgasse des bürgerlichen Individualismus festrennt. Als eine Art dänischer Stirner auf religiösem Gebiete steht er da. Er wollte keine Mittelschicht zwischen Gott und Menschen gelten lassen. In religiösen Dingen war der Einzelne autonom. Und so geriet Kierkegaard in einen Kampf gegen die dänische Kirche, den er, wie alle seine Kämpfe, leidenschaftlich und unerbittlich führte. Die religiöse Verinnerlichung, in die sein kurzes Leben — er starb schon 1856 — ausmündete, bedeutete keineswegs das Ende seiner ringenden Lebensumtriebe. Wenn er gottesgeden war, so war er's in dem Gefühl, „als hätte man 70 000 Hand Wasser unter sich und müßte sich Wasser tretend, oben halten.“ Er war als Theologe in die Kämpfe des Lebens hinausgetreten und ist in seiner Art dem Brand des jungen Abens zu vergleichen. Der Mensch, der sich in seinem Kämpfen und Beichten offenbart, stellt den Wert seiner Persönlichkeit und seines Lebens dar.

Der Buchstabe tötet. Der „Zürner“ schreibt in seinem Maiheft: Der „Freien Volksblätter“ in Berlin ist vom Polizeipräsidenten die Karfreitagausführung eines Oratoriums unterlag worden, weil der gewählte Raum, die „Neue Welt“ in der Halenheide, nicht zu denjenigen Lokalen gehöre, in welchen nach den Polizeibestimmungen am Karfreitag Vorstellungen geistlicher Musik stattfinden dürfen. (Hier ist dem „Zürner“ ein Versehen unterlaufen: die „Neue Welt“ ist erst vom nächsten Jahre an für Karfreitagkonzerte gesperrt. Die Red.) — Es bleibe dahingestellt, ob jene im Rechte sind, die meinen, das Verbot wäre gegen einen Verein, der nicht so viele politische „miheliebige Mitglieder“ enthält, nicht ergangen. In jedem Fall bleibt die Frage nach dem Sinn einer solchen Verfügung. Wollte der Herr Polizeipräsident das Kunstwerk vor Entweidung schützen, die in der Aufführung an einem dem Tanz gewidmeten Saale liegen könnte? Aber er gestattet am Karfreitag Oratoriumsaufführungen in Theatern, in denen jahraus, jahrein frivole Operetten herrschen. Befürchtete er, der ausgelassene genius loci der „Neuen Welt“ könnte die Versammlung überkommen und unfähig machen zum Empfang eines edlen Kunstwerks? Er durfte in jeder Hinsicht beruhigt sein. Ein Kunstwerk wird nicht durch einen Aufführungsort entweiht, es weicht die Stätte; die Menschen aber, die sich am Karfreitag hier eingefunden hätten, bedurften keines Stimmung machenden Raumes. Diese Stimmung gewinnen sie aus ihrem Verlangen nach Kunst.

bleibt also nur die Tatsache, daß die Polizei auf Grund eines unbedachten Buchstabens einige Tausend Menschen um einen edlen Gemuß, einige erhebende Stunden gebracht hat. Vor dem Richterstuhl einer höheren Behörde würde ihr die Rechtschaffenheit nicht leicht fallen für den Schaden, den sie so dem innersten Volkstum zufügt. Und hat die Polizei dafür etwas Positives geleistet? Nun eben, sie hat einige tote Buchstaben vor einer lebendigen Auslegung geschützt.

Auch ein Beitrag zur Wehrsteuer. Die Weinjahrgänge fallen verschieden aus; gute Jahre wechseln mit schlechten. 1911 ist ein Wunderjahr gewachsen, der die Spekulation zu grotesken Preisen verholten hat. Das Jahr 1912 aber hat zum Teil ein schauriges Gewächs gezeitigt, das nur noch zum Strimpfessiden gut zu sein scheint. Diesen Eindruck bekommt man wenigstens aus einer Bittschrift, die ein Weinhandler der Budgetkommission des Reichstages eingereicht hat.

Nicht alle Stände erfreuen sich — heißt es darin — einer sorgenfreien Gegenwart. Viele sind schwer gedrängt und ganz besonders der Stand, dem ich angehöre, nämlich der Weingroßhandel an der Mosel. Das Geschäft geht hier erbärmlich schlecht. Eine Menge, ganz besonders die 1912er Saartweine und die kleinen 1912er Weine anderer Gebiete sind auch unter voller Anwendung der vom Reichstage gestatteten Verbesserung oder, wie die Juristen sagen, Verbesserung, konsumunfähig geblieben. Fast sämtliche 1912er Saartweine sind trotz aller Lobspprüche, die man deren Verwertung mit auf den Weg gibt, und trotz eines Preises, der sich unter dem des Einlandes bewegt, nicht an den Markt zu bringen. Ich habe etwa 80 000 Liter 1912er Saartweine, die den Schrecken meines Daseins bilden, und ich wollte hiermit ergebens bitten, geneigtst in Erwägung stehen zu wollen, ob es sich nicht ermöglichen ließe, einen Teil wenigstens der Excesssteuer in Naturalien zu begleichen. Dieser 1912er Saartwein, den ich der hochverehrlichen Kommission in zwei Flaschen zu bemustern mir gestatte, könnte unter Umständen eine ungeheure Wirkung erzielen. Das Geheimnis läge darin, daß man dieses Zeugnis für das deutsche Heer aufkaufe und ihm im Falle des Zurückweichens vor dem Feinde zur Strafe diesen Galereenwein, wie ich ihn hiermit taufen möchte, trinken zu lassen in Aussicht stelle. Es wäre sicher, daß die Lozung unserer Kapseln bei einer solchen Aussicht nur die sein könnte: „Siegen oder fallen!“

Ein Feldzug gegen den Krebs. In New York lagte soeben eine Versammlung von bekannten Ärzten, zu denen sich auch eine Reihe hervorragender Männer des öffentlichen Lebens gesellt hatten, um eine „nationale Anti-Krebs-Vereinigung“ zu begründen. Ihr Ziel ist, einen Feldzug zur Aufklärung des großen Publikums über die Natur des Krebsleidens und die Möglichkeit, es zu verhindern, zu organisieren, bei dem man sich den schon so erfolgreichen Kampf gegen die Tuberkulose zum Muster genommen hat. Vor allem soll das Publikum erzogen werden, die Anfangssymptome des Leidens rechtzeitig zu erkennen. Es sollen in den Zeitungen Artikel veröffentlicht und durch das Gesundheitsamt Flugblätter verteilt werden,

lebhaftem Beifall der Versammelten zeigte, daß die Ausführungen des Referenten auf fruchtbaren Boden gefallen waren.

Groß-Schönebeck. Trotz des schlechten Wetters war die am letzten Sonntag unter freiem Himmel abgehaltene Wählerversammlung gut besucht. Kreisvorsitzender Genosse Lohmann sprach über „Auf zur Landtagswahl“. Der Kandidat des Kreises, Genosse Gutsbecker, ergänzte in einer Ansprache noch die Ausführungen des Referenten. Die Zustimmung der Versammlung bewies, daß auch in dieser äußersten Ecke des Kreises Niederbarnim die Sozialdemokratie mit guten Aussichten zur Wahl schreitet.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Schwiebus-Zöllschau-Krossen tagte am Sonntag in Sommerfeld. Neben sechs Städten, in denen Industriearbeiter unter außerordentlich schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen vegetieren — werden doch beispielsweise in Gütersberg in einer Militärfabrik 10 Pf. 8 Pf., ja 4 1/2 Pf. Stundenlohn gezahlt — zählt das Eldorado rückfälliger Ausbeuter 174 Dörfer und 127 Gutsbezirke. In 18 Orten ist es gelungen, festen Fuß zu fassen und den Mitgliederbestand des Kreiswahlvereins auf 717 Genossen, darunter 105 weibliche, zu bringen. Das ist in dem Dreivierteljahr der Verichtszeit ein Mehr von 88 Mitgliedern gegen das Vorjahr. 51 Versammlungen, fast durchweg unter freiem Himmel, fanden in der Verichtszeit statt. 30 000 Flugblätter dienten zur Unterstützung der Agitation, 587 Abkommen der „Märkischen Volksstimme“ und 18 Abkommen des „Vorwärts“ wurden im Kreise gezählt. In drei Städten und drei Dörfern stehen den Genossen zusammen sieben Säle zur Verfügung. Als Vorort wurde wieder Schwiebus bestimmt und der Kreisvorsitz einstimmig wiedergewählt. Soweit es bei der Unmöglichkeit Wahlmänner zu wählen, sollen diese bei der Abgeordnetenwahl für den Genossen Reinhold Schulz-Schwiebus und Oswald Bräuer-Lichtenberg stimmen.

Zum Parteitag nach Jena wurde der Kandidat des Kreises Bräuer-Lichtenberg, zur Provinzialkonferenz die Genossen Schulz-Schwiebus, Krahl-Sommerfeld und Alambt-Krossen gewählt. In die Prekommission wurde Fiedig-Schwiebus wiedergewählt.

Der 6. sächsische Reichstagswahlkreis (Dresden-Land) ist einer der größten und weitverzweigten in ganz Deutschland. Vor einem Jahrhiest noch war ein Mitgliederbestand von 10 000 vorhanden, jetzt sind die 20 000 erreicht. Die Einnahmen sind in diesen fünf Jahren von 40 000 auf 100 000 R. gestiegen. Die Mitgliederbewegung bot in der Verichtszeit ein eigenartiges Bild. Die Zunahme betrug 1876, darunter sind aber 712 weibliche Mitglieder und nur 663 männliche. Die Frauen haben also die Männer überholt. Sie danken diese glänzenden Erfolge einer regen und sorgfältig durchgeführten Versammlungs- und Hausagitation. Damit wurde die Zahl der weiblichen Mitglieder von 1898 auf 2810 gebracht. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 80 200 R. Die Zahl der Volls-, Mitglieder-, Einnahmerversammlungen und sonstigen Veranstaltungen betrug 404 mit einer Teilnehmerzahl von 84 585. Vier Flugblätter wurden verbreitet in einer Auflage von 100 000 Exemplaren, außerdem 20 000 Kalender und 5000 Proschüren. In 90 von den 175 Gemeinden des Kreises sitzen 250 sozialdemokratische Vertreter. 86 neue Sige wurden in der Verichtszeit errichtet, trotzdem das Gemeinbewußtsein fortgesetzt verschlechtert wird. Selber ist die Zahl der Abonnenten der Dresdner Volkszeitung von 22 936 auf 22 724, also um 212 zurückgegangen. Durch besondere Maßnahmen, die in der Generalversammlung beschlossen wurden, soll der Rückgang wieder behoben werden. Eine lebhaft diskussion entzand sich über die im Kreise geleitete Bildungsarbeit, für die 3278 R. ausgegeben wurden. Man wünschte durchgreifendere und umfassendere Tätigkeit auf diesem Gebiete und die Errichtung eines Bildungssekretariats für die drei Dresdener Wahlkreise. Nach sehr lebhafter Debatte wurde ein Antrag abgelehnt, der das Delegiertensystem für Kreis- und Generalversammlungen verlangt, mit 181 gegen 154 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird ein anderer Antrag, die Delegierten zu Landesversammlungen, Parteitagen und internationalen Kongressen per Urabstimmung an einem Sonntage zu wählen, angenommen.

Totenliste der Partei.

In Rassel verstarb, nahezu 70 Jahre alt, der Schreiner Genosse Heinrich Brinkmann. Sein spezielles Betätigungsfeld war die Sozialpolitik.

in denen die Symptome des Leidens genau gekennzeichnet werden; auch durch öffentliche Vorträge will man auf die breite Masse des Volkes zu wirken suchen. Die Anklärungsarbeit richtet sich besonders an die Frauen, da die Statistik nachgewiesen hat, daß doppelt so viel Frauen vom Krebs befallen werden als Männer. Die allgemeine Unkenntnis der ersten Anzeichen der Krankheit hat zur Folge, daß die meisten Befallenen nicht schon zu einer Zeit, in der eine Heilung noch möglich ist, in ärztliche Behandlung kommen. Auch der Bergtelongreg, der im Ral in Washington tagt, soll in diesem Kampfe gegen den Krebs mitwirken.

Gnurr und Satire.

Neutralität.

Der russische Gesandte in Serbien, Gortwig, feierte in einer öffentlichen Ansprache an die Belgrader den Fall Stutars als ein ruhmvolles Ereignis und schloß mit einem Hoch auf den Balkanbund.

Der Wortlaut seiner Rede war folgender:

Rußland ist neutral, darum gehören seine Hüften, seine Symphorien und seine Kohlen den Serben und den Montenegrinern. Rußland ist neutral, darum ist Montenegro's Freude Rußlands Freude und Serbiens Trauer Rußlands Trauer. Rußland ist neutral, der Türken Freude ist der Russen Trauer und der Türken Trauer ist der Russen Freude. Rußland hat Montenegro aufgefordert, Stutars Belagerung aufzugeben, darum hat Montenegro Stutari erobert. Rußland billigt die Protestdemonstration der Mächte, die den Montenegrinern die Stirn zeigen, darum zeigt Montenegro den Mächten den Rücken, den sie ihm entlang rutschen können. Rußlands Nein ist Montenegro's Ja und Rußlands Ja ist Serbiens Nein. Rußlands mächtiges Wappentier ist der Adler, von dem wir alle mit Stolz aufrufen: Vorne nicht er und hinten nicht er!

(Rido in der „Jugend“.)

Notizen.

Der Sängerkrieg um den Kaiserpreis in Frankfurt a. M. hat begonnen. — Die offiziellen Berichte heben besonders hervor, daß der Kaiser nach dem Konzert noch mit besonderer Freundlichkeit die Ehrenjungfrauen begrüßt habe.

Ungalante Richter. Die Kostänzerin Bilanhi, die schon in München die Künstler und die Richter beschäftigte, mußte sich in Paris wegen Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit verantworten. Trotz ihrer Versicherung: „Wenn ich mein Heub sollen lasse, geschieht es nur, um meine Seele zu zeigen“, wurde sie zu 200 R. Geldstrafe verurteilt.

Eine Ehrung Amundsen's. Der Entdecker des Südpols wurde vom norwegischen Storting durch ein Ehrenjahrgehalt von 6000 Kronen ausgezeichnet.

Ein neuer Ozeanflug, diesmal mittels eines Flugzeuges, wird von einem amerikanischen Flieger geplant. Er will am 4. Juni die Fahrt mit einer Wrightmaschine antreten. Das tollkühne Unternehmen bietet natürlich keine Aussichten auf Erfolg.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preßprozesse.

In einem Artikel des Bochumer „Volksblattes“ war dem vorliegenden Richter des Schöffengerichts in Quer, der die in einem Prozesse geladenen Entlassungszeugen deshalb nicht vernommen hatte, weil ihm der Vorsitz als ein pflichttreuer, glaubwürdiger und beim Streit sehr richtig aufgetretener Beamter“ persönlich bekannt sei, vorgeworfen, er habe die Zeugen „der Einfachheit halber“ nicht vernommen. Darin erklärte das Gericht den Vorwurf der Bequemlichkeit und es verurteilte den verantwortlichen Redakteur Genossen Bierenkämper zu 100 R. Geldstrafe.

Besonders beachtenswert ist das Urteil deshalb, weil von der Berufungsinstanz, die gegen die verurteilende Erkenntnis dieses gutgläubigen Richters angetreten wurde, die abgelehnten Zeugen dennoch vernommen wurden. Der betreffende Angeklagte wurde dann freigesprochen. Auch wurde neuerdings festgestellt, daß der durchaus „glaubwürdige“ Polizeizeuge aus Quer zweimal bestraft ist und seinen Aussagen in mehreren Prozessen kein Glauben beigewiesen wurde.

Die Strafkammer des Landgerichts Detmold verwarf die Berufung des Genossen Dresshage als Verantwortlichen der „Vielefelder Volkswacht“, der wegen angeblicher Beleidigung des Redakteurs Staerke von der liberalen „Vipelschen Landeszeitung“ vom Schöffengericht zu 50 R. Geldstrafe verurteilt worden war.

Aus Industrie und Handel.

Waffen-Haus.

In der gestrigen Börse erzielten die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken eine Kurssteigerung um 50 Prozent, von 880 auf 680 Prozent. Die Steigerung steht mit Rücksicht auf eine Kapitalverwässerung der Gesellschaft in Zusammenhang. Es soll die Absicht bestehen, das 15 Millionen Mark betragende Aktienkapital zu verdoppeln und die Aktien zum Nennwert auszugeben. Da die Aktien zurzeit auf 680 Prozent stehen, bedeutete das ein Geschenk von 800 Mark auf jede Aktie im Werte von 1000 Mark. Auf 15 Millionen Mark verrechnet, würde das Geschenke an die Aktionäre insgesamt 79,5 Millionen betragen. Die Gesellschaft kann sich diesen Luxus leisten, denn ihr Geschäft hat solche Profite abgeworfen, daß trotz hoher Dividenden (im letzten Jahre 32 Prozent) außerordentlich große Reserven geschaffen wurden. So stehen das Gelände und die Gebäude der drei Fabrikanlagen in Maritimfeld, Wittenau und Karlstraße mit 4 Millionen zu Buch. Vor zwei Jahren bewertete sie die Gesellschaft mit 0,87 Millionen. Inzwischen sind aber wesentliche Erweiterungen vorgenommen worden! Sämtliche Betriebsanlagen (Maschinen, Werkzeuge, Fuhrwerke, Modelle und Zeichnungen, Patente und Lizenzen, Mobilien und Geräte) sind bis auf 1 R. abgeschrieben. Sehr gering sind auch die Vorräte und das Effektenkonto von der Gesellschaft bewertet worden. Trotzdem unterhalten die Fabriken ein außerordentlich hohes Bankguthaben, das mit 25,75 Millionen die Höhe des Aktienkapitals übertrifft. Da auch die kommenden Jahre infolge der neuen Rüstungsvorlage gesteigerte Beschäftigung und damit neue Millionenergebnisse versprechen, will die Gesellschaft ihre Reservenanhäufung unterbrechen.

Mit den Aktien der Deutschen Waffen stiegen auch die Aktien der Unternehmungen, mit denen die Deutschen Waffen in finanzieller Beziehung stehen. So wurden höher: Köln-Rottweller Pulverfabriken um 10 Prozent, Ludwig Loewe um 7 Prozent, Dalmier um 10 Prozent.

Krupp in Ungarn.

Die Regierung hat im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher den Vertrag des Finanzministers mit der Skoda-Werke-Waffenfabrik in Pilsen (der österreichischen Kanonensabrik) und Friedrich Krupp Aktiengesellschaft in Essen wegen Errichtung einer Gesellschafterfabrik in Ungarn unterbreitet. Der Vertrag bestimmt, daß die ungarische Kanonensabrik in Raad zu errichten ist. Der Betrieb muß innerhalb zwei Jahren beginnen. Das Aktienkapital beträgt 13 Millionen Kronen, von denen die ungarische Regierung 7, Skoda 4 Millionen übernimmt. Ferner erhält Skoda 2 Millionen als voll eingezahlte beträchtliche Aktien für Ueberlassung der ihm und Krupp gehörigen Konstruktionen und Patente. Skoda und Krupp sind zu allen mit der Errichtung und dem Betrieb der Fabrik verbundenen technischen Arbeiten verpflichtet. Die Verpflichtung Krupp's soll sich ausschließlich auf die mit der Rohfabrikation verbundenen Arbeiten beschränken. Ferner werden die Preise der von Krupp und Skoda der neuen Kanonensabrik zu überlassenden Materialien festgesetzt. Der Vertrag gilt für die Dauer von 25 Jahren.

Zunehmende Arbeitslosigkeit.

Die vom Reichsarbeitsblatt“ allvierteljährlich veröffentlichten Nachweise über die Arbeitslosigkeit in deutschen Hochberufen lassen für das I. Quartal 1913 eine nicht unwesentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu derselben Periode des Vorjahres erkennen. An der Richterstattung waren diesmal 50 Verbände mit 2 050 688 Mitgliedern beteiligt, von denen 2 008 381 durch die Richterstattung unbeschäftigt wurden. Davon waren zu Ende der letzten Woche des März arbeitslos am Orte und auf der Reise 46 684 = 2,3 Proz. Die entsprechenden Zahlen stellten sich zu Ende der letzten Februarwoche auf 57 181 und 2,9 Proz., zu Ende der letzten Januarwoche auf 62 676 und 3,2 Proz.

Man muß bis zum Jahre 1900 zurückgehen, ehe man einen ebenso hohen höheren Stand der Arbeitslosigkeit findet, wie im I. Quartal 1913. Ob schon die Hochkonjunktur überschritten ist, oder ob es sich um eine vorübergehende Wirkung des Balkanrieges auf unser Wirtschaftsleben handelt, wird ja die nächste Zeit lehren. Die höchste Arbeitslosigkeit hatten im März die Bauhandwerker (Eisch-Dunder) mit 16,5 Proz. Arbeitslosen. Derselbe Verband zeigte im März des Vorjahres nur 4,1 Proz. Arbeitslose. Es folgen die Glaser mit 16,8 Proz., die Köpfer mit 13,5 Proz., die Freiseiger mit 12,6 Proz. und die Fleischer mit 12,0 Proz. Von den großen Verbänden berichteten die Metallarbeiter über 2,1 Proz. Arbeitslose, die Transportarbeiter über 1,8 Proz., die Fabrikarbeiter über 1,4 Proz., die Holzarbeiter über 1,6 Proz. und die Textilarbeiter über 1,0 Proz.

Im Durchschnitt kamen auf je 100 Mitglieder der berichtenden Gewerkschaften im Laufe des Vierteljahres 9,5 Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 8,0 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage stellte sich auf 3 418 445. Die durchschnittliche Dauer des einzelnen Arbeitslosenfalles betrug 20 Tage. Erweitert man die Arbeitslosentage in Beziehung zu den Mitgliederzahlen, so ergibt sich, daß auf je 100 Mitglieder 2,1 Arbeitslosentage kamen, während das vorhergehende Quartal nur 1,4 und das erste Quartal 1912 1,8 Arbeitslosentage pro 100 Mitglieder aufzuweisen hatten. Diese Relativzahlen lassen am besten den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit erkennen und auch sie deuten auf eine verminderte Arbeitsgelegenheit hin.

Die Berliner Elektrizitätswerke haben die Absicht, sich das Braunlohenwerk Golya-Wehring (im sächsischen Braunkohlenrevier) anzuschließen und dort ein großes Elektrizitätswerk zu errichten. Es besteht seit langem in der Elektrizitätsindustrie die Tendenz, die Anlage von Kraftquellen in das Gebiet der Heizstoffproduktion zu verlegen. Die B. E. W. verfolgen mit dieser Angliederung die gleiche Absicht. Die Stromerzeugung Berlins, auch der Straßenbahn, würde damit ihren Standort außerhalb des Stadtgebietes erhalten.

Syndikatsprospekte. Von den in Deutschland befindlichen, unter der Firma „Verein deutscher Spiegelglasfabriken Adla“ ein Monopol bildenden sieben Spiegelglasfabriken haben für das Geschäftsjahr 1912 nach sehr reichlichen Abfertigungen und Vorträgen an Dividenden gezahlt: Glas-Manufaktur Schalle Akt.-Ges. 22 Proz., Rheinische Spiegelglasfabrik Akt.-Ges. Kamp bei Ratingen 20 Proz., Spiegelglaswerke Germania Akt.-Ges. Borz Urbach 27 Proz., Deutsche Spiegelglasfabrik Akt.-Ges. Treben N.-L. 25 Proz., Union G. m. b. H. Stolberg Rheinland, Sickerour, Lambotte u. Co., G. m. b. H. Herzogenrath, Manufactures des Glaces et Produits chimiques de St. Gobain, Channy, Cirey in Paris mit Niederlassungen in Stolberg Rheinland, Mannheim, Altwasser i. S. G. L. und die Gesellschaften, deren Geschäftsabläufe noch nicht bekannt sind, werden nicht geringere Dividenden zahlen. Eine höhere Dividende ist dagegen zu erwarten bei der Manufactures des Glaces, die über die höchsten Beteiligungsziffern im Syndikat verfügen. Trotz des hohen Profits wurden die Preise für schwarzes Spiegelglas vom 1. Mai cr. von 17,50 R. auf 23 R. pro Quadratmeter, also um circa 30 Proz. erhöht. Da das Syndikat Rubenheimer überhaupt nicht hat, schraubt es seine Monopolgewinne beliebig in die Höhe.

Soziales.

Zum Kampf der Bergarbeiter.

Wieder haben arme Bergkneben den Kampf um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen aufnehmen müssen. Das Unternehmertum weist natürlich jede Forderung als unberechtigt und unerfüllbar ab. Da muß es wirklich interessieren, zu erfahren, wie es mit den Gewinnern im Bergbau bestellt ist. Nachfolgende Tabelle zeigt sie mit aller Deutlichkeit. Sie enthält für die genannten Unternehmen die in der Betriebszeit März/April (ein Jahr) erzielten Ueberschüsse. Sie betragen in:

	1911	1912
Harpener Bergbau	13 772 000	25 921 300
Applerdecker Aktienverein	508 015	586 849
Gewerkschaft Graf Bismarck	3 655 299	4 618 944
Königin Elisabeth	2 068 000	2 952 127
Hibernia	10 316 339	15 787 529

Ob klein, ob groß, alle Unternehmen erzielten im letzten Jahre enorm gesteigerte Ueberschüsse, obwohl der Ruhrbergarbeiterstreik einen Forderausfall brachte. Für die fünf Unternehmen ist der nachgewiesene Ueberschuss von 30 314 593 R. auf 49 881 548 R. oder um rund 64 1/2 Proz. gestiegen. So setzt sich für die Unternehmer die gute Konjunktur in klingende Münze um, für die Arbeiter jedoch in vermehrte Arbeit sowie in größere Kranken- und Unfallsziffern!

Zur Sonntagsruhe.

Der Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, den der Staatssekretär des Innern in den letzten Jahren mehrfach angeklagt hat, ist dem Reichstag noch immer nicht vorgelegt worden.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat soeben eine umfangreiche Materialsammlung über die Sonntagsarbeit in Kontoren und Läden herausgegeben, die den Erlaß jenes Gesetzes beschleunigen soll. Darin wird mitgeteilt, daß selbst mittlere und große Gemeinden von dem Recht, die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe ortsgemäß zu beschränken, keinen Gebrauch gemacht haben. Als solche Gemeinden werden genannt: Altenburg, Altona, Dessau, Dortmund, Essen, Gießen, Gelsenkirchen, Gotha, Greiz, Hamburg, Kattowitz, Lehe, Lübeck, Münster, Oberhausen, Oldenburg, Rastatt, Neckinghausen, Rudolstadt, Schwerin, Suhl, Tilsit, Wandlitz. Doch ist diese Aufzählung keineswegs vollständig; die bezeichneten Orte werden in der genannten Schrift des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen nur als Beispiele aufgeführt.

Nachgang des Schnapskonsums.

Erstaunlicherweise geht der Schnapskonsum immer mehr zurück. Die Menge des in den freien Verkehr gebrachten Trinkbranntweins betrug

	überhaupt Hektoliter	Liter pro Kopf der Bevölkerung
im Jahre 1908/09	2 650 622	4,2
1909/10	1 783 127	2,8
1910/11	1 969 107	3,0
1911/12	1 488 582	2,9

Der Verbrauch Oktober/März 1911/12 betrug 1 068 982 Hektoliter gegen 983 700 Hektoliter von Oktober 1912 bis März 1913.

Im letzten Halbjahre ist der Verbrauch im Vergleich mit der gleichen Zeit des Vorjahres um über 1/10 Liter pro Kopf der Bevölkerung gesunken. Aber es wird doch noch immer viel zu viel Junterschnaps konsumiert.

Der Wohlstand gegen den Julei muß noch härter durchgeführt werden. Dem Julei, der in der brutalsten Weise das Volk verhöhnt und mißachtet, darf man nicht durch den Konsum seines Schnapses die Taschen füllen.

Gerichts-Zeitung.

Flucht aus dem Arbeitshaus.

Die Flucht dreier Arbeitshausler hatte gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III ein gerichtliches Nachspiel. Wegen Meuterei im Sinne des § 123, 2 des St.G.B. waren die Arbeiter Gustav Denschel, der Stuckateur Ernst Walsow und der Schreiner Adolf Rosenblatt angeklagt. Alle drei Angeklagten waren dem Arbeitshaus in Nummelsburg überwiesen worden. Eines Nachts öffnete Denschel das unvergitterte Fenster des im dritten Stockwerk gelegenen Schlafsaals, sodann knüpften alle drei ihre Bettlaken aneinander, so daß sie einen sehr haltbaren Strick besaßen, an dem sie sich dann auf die Straße hinunterließen. Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen von 6—9 Monaten. Das Gericht kam zu einer Freisprechung der drei Angeklagten, da diese bei dem Fehlen der Sicherheitsmaßregeln gar nicht nötig gehabt hätten, irgendeine Gewalt anzuwenden. Ebenso sei es, da weder das Fenster noch die Bettlaken beschädigt worden seien, nicht möglich, nach dieser Richtung hin von einem gewaltsamen Ausbruch zu reden.

Die Arbeitshaus-Zusatzstrafe verdammt angeblich humanen Regungen ihr Entstehen. Es sollten durch sie Personen, die arbeitslos geworden seien, zur Arbeit wieder erzogen werden. Die Erfinder dieser Strafmittel haben aber trotz der Erfahrungen, die man seit dem 17. Jahrhundert mit den Arbeitshäusern in England gemacht hatte, nicht, daß in den allerwenigsten Fällen der als „arbeitslos“ oder als „Landstreicher“ oder als „Pettler“ Verurteilte wirklich nicht arbeiten will, daß vielmehr in 90 von 100 Fällen die Mängel unserer Gesellschaftsordnung, die kein Recht auf Arbeit anerkennt oder verweigert, Schuld an der zur Strafmittel gestempelten Handlung ist. Arbeitshaus wird nach Schema F verhängt: „Lungerziehen als Landstreicher“, dreimal innerhalb drei Jahren wegen Bettelns verurteilt, „zum Unterhalt der Angehörigen durch Spiel, Trunk oder Rauschgang zu seinem und der Seinen Unterhalt unfähig geworden“, „obdachlos geworden, ohne sich um ein anderes Obdach bemüht zu haben“ und ähnliches wird „tatsächlich festgestellt“ und fast verhängt, als Nebenstrafe: Ueberweisung ins Arbeitshaus. Tatsächlich hindert in den allermeisten Fällen solche Ueberweisung zur Arbeit Bereits Arbeit zu erhalten.

Der dem Arbeitshaus Ueberweisung wird eigentlich deshalb bestraft, daß die Gesellschaft hartnäckig es ablehnt, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, die Arbeit zu organisieren. Freilich ist solche Organisation ohne Vergeltung der Produktionsmittel nicht durchführbar. Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch will gar noch dies brutale Mittel, das die Gesellschaft unter dem hülflosen Vorwand verhängt, zur Arbeit zu erzwingen, verwehren. Erfolgreich ist es, wenn es einem armen Teufel gelingt, der Arbeitshauspein zu entkommen. Er nützt dadurch der Gesellschaft und sich mehr, als wenn er in diesen Brutstätten wirklicher Verbrecher länger verbleibt.

Der Versuch, wegen „Neuerer“ gegen die leider bald wieder Verhafteten vorzugehen, ist in diesem Fall mißglückt, desto härter wird in der bürgerlichen Presse der heuchlerische Schrei darüber ertönen, daß „gemeingefährliche Verbrecher“ es so leicht haben, ausreihen zu können. Waren wirklich die Ausreißer Verbrecher oder die, denen in Gedankenlosigkeit eine Gänsehaut überläuft, wenn sie von „Arbeitshäusern“ hören?

Medienburgische Justiz gegen einen sozialdemokratischen Forstarbeiter.

Der Forstarbeiter J. war 2½ Jahre bei der Groß. mecklenburg-schwedischen Forstverwaltung tätig, als ihn der in mecklenburgischen Forstbetrieben übliche Revers zur Unterdrückung vorgelegt wurde, wonach er zur Vermeidung sofortiger Entlassung aus der Arbeit sich verpflichten mußte, einem sozialdemokratischen Verband nicht anzugehören und sich nicht sozialdemokratisch zu betätigen. Kurz darauf hatten die Arbeiter, mit denen J. zusammen tätig war, in der Mittagspause draußen in der Forst ein Axtel Bier ausgetrunken und dabei brachte J. ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus. Dieses schwere Verbrechen mußte natürlich sofort geahndet werden. Der zur Aufsicht bestellte Forstleube meldete die Untat dem Förster, der den Arbeiter auf der Stelle entließ, nachdem er ihm vorgehalten hatte, daß er mit dem Hoch gegen den Revers verstoßen. Als nun der Arbeiter nicht sofort Miene machte, den Arbeitsplatz zu verlassen, sondern erst seine Kleider holen und den Spaten reinigen wollte, forderte der Förster einen anderen Arbeiter auf, den J. gewalttätig aus dem Wald zu bringen. Dieser weigerte sich und nun griff der Förster selbst zu, schlug den J. beim Nacken und stieß ihn eine Strecke weit vor sich her. Nach Aufgabe des Forstarbeiters soll dabei auch ein Stockel gegen die Leine abgefallen sein. Der Arbeiter suchte sich gegen diese Behandlung zu wehren und schlug mit seinem Handschuh dem Förster auf den Hut. Auf den Ruf des Försters eilte nun der Forstleube herbei, rief den Arbeiter von rückwärts zu Boden und hieb mit dem Stock auf ihn ein.

Dies ist der gerichtlich festgestellte Sachverhalt, der nun seit einem Jahre verschiedene mecklenburgische Gerichte beschäftigt. Der Forstarbeiter hatte gegen den Förster und den Forstleuben

Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt. Der Staatsanwalt drehte jedoch den Spieß um und beantragte ein Strafverfahren gegen den Forstarbeiter — wegen offensichtlich falscher Anschuldigung. Neben ihm nahm auf der Anklagebank der Forstleube wegen Körperverletzung Platz. Dieser wurde jedoch von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen, weil er für den Förster die — Notwehr ausübte habe. Dagegen erhielt der Forstarbeiter von der Strafkammer des Mecklenburger Landgerichts eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen, weil er, obwohl ihm das Angutreffende dieser Aufgabe bewußt sein mußte, den Förster wegen Körperverletzung angeklagt habe. Das Gericht erklärte den Förster zu seinem Vorgehen für berechtigt, weil er als Vertreter der Forstbehörde so handeln dürfe.

Mit dieser harten Beurteilung war der Staatsanwalt aber noch nicht zufrieden. Er leitete gegen den Forstarbeiter ein weiteres Strafverfahren wegen Körperverletzung ein. Das Schöffengericht in Ribnitz verurteilte den armen Sünder zu einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen. Bei ihm wurde nicht Notwehr, wie bei dem Forstleuben angenommen, sondern ein rechtswidriger Angriff gegen den Förster. Das Landgericht Rostock übertrumpfte noch dieses Urteil. Auf die Berufung des Staatsanwalts und des Angeklagten erkannte die Strafkammer am 10. April 1913 auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 2 Wochen. Der Arbeiter sollte nämlich noch bald nach seiner Entlassung, also vor einem Jahre, vor dem Gehöft des Försters zweimal ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht und gerufen haben: **Hund, Sojan.**

Würden die Richter aus allen Kreisen der Bevölkerung entnommen und von dieser gewählt, so wäre wohl eine Freisprechung des zu ungeheurer hoher Strafe verurteilten Forstarbeiters und eine Verurteilung des schlagenden Försters erfolgt. Die ergangenen Urteile stehen nichts weniger als im Einklang mit dem Rechtsgefühl der Allgemeinheit.

Lehrerbehandlung in Ostpreußen.

Auf die ostpreussischen Schulverhältnisse wirft ein Broch, der sich dieser Tage vor der Strafkammer in Posen abspielte, ein Licht. Es handelte sich um eine Anklage gegen den Lehrer Gustav Lange in Posen. Er ist beschuldigt, als früherer Redakteur der „Posener Lehrerzeitung“ die Regierung in Bromberg, den Geh. Regierungsrat Dr. Waschow und den Kreisinspektor Dieser in Bromberg beleidigt zu haben. Die Beleidigungen wurden in vier Artikeln der „Posener Lehrerzeitung“ vom Jahre 1912 gefunden. In einem derselben wird ein Fall geschildert, wie vor dem Schulhause in Dzinibowo der Schulleiter Dr. Waschow mit dem Kreisinspektor die Lehrerin Erdmann habe an seinen Wagen lassen und sie dort auf offener Straße examiniert habe, wie sie die Zahl 6 einführe und behandle. Nachdem er noch Ausstellungen gemacht und eine Verurteilung angedroht habe, sei er weitergefahren. In einem zweiten Artikel wurde der Fall des Lehrers Köppen in Krossen behandelt, der sich erschossen hat, weil er, wie es in dem Artikel heißt, die schlechte Behandlung durch den Kreisinspektor, der früher Geistlicher gewesen ist, nicht mehr

ertragen konnte. Er sei sehr häufig, manchmal zwei- bis dreimal die Woche, revidiert worden; alles, was er getan, habe nichts geizigt. Die „Bromberger Methode“, die nur Strafe statt Milde kenne, habe Erbitterung und Verzweiflung in den Reihen der Lehrer erragt. Ihr sei auch Köppen zum Opfer gefallen. Durch ewiges Härgeln und Drohen, dazu in einem richtigen „Unteroffizierschmaus“, würden die Lehrer erbittert. So habe unter anderem ein Schulleiter den Lehrer angefahren: „Haken zusammen, der Herr Rat reißt!“ In zwei weiteren Artikeln werden ähnliche Fälle von Drangsalierung der Lehrer behauptet.

Der Angeklagte erklärte, über die scharfe und unwürdige Behandlung der Lehrer im Bromberger Bezirk, besonders seitens des Geheimrats Dr. Waschow, seien ihm in großer Zahl hergatternde Klagen zugegangen. Erst als die Klagen sich häuften, habe er die Artikel in seiner Zeitung aufgenommen. Mit der Wiedergabe der Artikel habe er berechnigte Interessen wahrgenommen. Er habe nicht beleidigt, sondern Remedur schaffen wollen.

Die Jungen Oberregierungsrat Dr. v. Kose sowie Geheimrat Dr. Waschow bestritten die in den Artikeln enthaltenen Beschuldigungen. Im Falle Erdmann habe letzterer zwar die Lehrerin an seinen Wagen rufen lassen, doch habe er nur wenige persönliche Fragen und allerdings auch einige Schulfragen an sie gerichtet, die aber nicht als Revision aufzufassen waren. Daß er den Lehrern: „Haken zusammen!“ zugerufen habe, sei unklar. Er habe sie nur ersucht, eine angemessene Haltung anzunehmen.

Dagegen äußerte sich eine große Anzahl der örtlichen Zeugen im wesentlichen im Sinne der zur Anklage stehenden Artikel. Sie beklagten, daß im Bromberger Bezirk die Behandlung der Lehrer nicht derartig sei, um die Berufstreue der Lehrer zu heben. Der Ton sei meist scharf und vornehm. Ausdrücke wie: „Antworteten Sie nicht so dumm!“ — „Ach, Herr Lehrer, Sie sind wohl verrückt!“ — „Ich weiß nicht, warum die Kinder noch zur Schule kommen; mögen sie doch lieber Kartoffeln ausmachen; da verdienen sie doch wenigstens etwas; bei Ihnen lernen sie doch nichts!“ und dergleichen Reden seien an der Tagesordnung und häufig in Gegenwart der Kinder gefallen.

Das Gericht sprach den Angeklagten der öffentlichen Beleidigung in vier Fällen für schuldig und erkannte auf eine Geldstrafe von 150 M. (der Staatsanwalt hatte 100 M. beantragt). Der Schutz des § 193 wurde dem Angeklagten nicht zugebilligt.

Wie kann auch in Preußen jemand, der bessere Verhältnisse schaffen will, berechnigte Interessen wahrnehmen wollen!

Eingegangene Druckschriften.

Mebers deutscher Städteatlas. In Reinen gebunden 8 M. Bibliographisches Institut, Leipzig.
Staats- oder Kirchenschule? Von J. Tenz. 80 M. J. Minhardt, Leipzig.
Der Tunnel. Roman von E. Kellermann. (E. Fischer, Verlag, Berlin.) 3,50 M., geb. 4,50 M.

12. Landtagswahlbezirk.

Mittwoch, den 7. Mai, abends 8^{1/2} Uhr:

Öffentl. Wählerversammlung

im Saale des **Café Gärtner**, Holzsteiner Ufer 27/28.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **H. Molkenbuhr** über: **Das „gute, alte Preußen!“**
2. Diskussion.
3. Ansprache des Kandidaten für den 12. Landtagswahlbezirk **Eugen Ernst**.
Zahlreichen Besuch erwartet
Das sozialdemokratische Wahlkomitee,
J. A.: Alfred Paerich, Didenburger Str. 10.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gipsbaubranche.

Maßbinder, Träger und Spanner!

Donnerstag, den 8. Mai 1913, abends 8 Uhr, in Gaverlands Festsaal (fr. Dräsel),
Neue Friedrichstraße 88:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Berichterstattung über die Tarifverhandlungen im Gipsbaugewerbe.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet 14/11*
Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Weichhorstraße 28, part. Arbeitsschweig: Räderstraße 9.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Freitag, den 9. Mai, abends 8^{1/2} Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Unsere Lohnbewegung.

Mitgliedsbuch oder Streifenkarte legitimiert. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet Die Ortsverwaltung.

Anaben-Stoffanzüge
Anaben-Waschanzüge
am preiswertesten
direkt in der Fabrik
Berta Pröstel,
50, Andreasstr. 50, I. Etage

Rebinder-Gesellschaftsband.
Ganzleiste der Anaben als Günstig-
partie meine bekannten großen Gips-
Lackierern nebst schattigen Garten je
für Unterhaltung wird gefertigt. Heide
Speisen und Getränke. Emil Schalen.
Eisenbrause, alkoholfrei, Blut-
bildend, nennenswert, 30 Flaschen
2,25 liefert Schilde, Oelmstraße 6,
39001platz 9574.

Auf Teilzahlung, ohne Anzahlung.
Kein Kassierer.
Teppiche, Gardinen, Stroh,
Porzellan, Plüsch, Stepp- und
andere Decken.
Matzner, Gulelandstraße 41,
Wilderladen.

Vera Gold
Josef
QUALITÄTS 3 CIGARETTE

KON LINON

Ohne Anzahlung für Kunden, welche ihr Konto beglichen haben.

Kredit außerhalb streng diskret

Elegante Garderobe für Damen und Herren
Kostüme, Kleider
Blusen, Röcke
Seidene Mäntel

Anzüge, Rock- u. Jackett-Fasern, Ullster, Paletots

Richard Krumböck Frankfurter Allee 154

wöchentl. **1.00** an

Nur 154 Frankfurter Allee 154.

Betten Wäsche Gardinen Steppdecken Kinderwagen

Nur 154 Frankfurter Allee 154.

Größte Kulanzi!

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Alkoholfreie Getränke. Franz Abraham. Si-Si. Arbeiter-Bekleidung. Auto-Fahrerzucht. Sanke. Bäckereien, Konditor.

Blotter's Großbäckerei. Brot-Fabrik, 'Vorwärts'. Oskar Banke's Brotbäckerei.

Bäckerei 'Nordstern'. Kanfft. Backerei 'Nordstern'.

Bäcker 'Nordstern'. Kanfft. Bäcker 'Nordstern'.

Badeanstalten. Bad Ostend. Passage-Bad. Silesia-Bad. Viktoria-Bad.

Bandagen, Gummiv. August Holz.

Erscheint 2 mal wöchentlich. Reiche, A. Beleucht.-Gegenst. Drogen u. Farben.

Bettfedern u. Betten. Erich Preuß. Max Schöne.

Bierbrauereien, Bierh. W. Adelung & A. Hoffmann.

Brauerei Königstadt. Brauerei Tivoli. Weissbier - Caramelbier. Groterjans.

Löwen-Brauerei. Victoria-Brauerei. Weissbier, C. Breithaupt.

Blumen und Kränze. Victoria-Brauerei. Weissbier, C. Breithaupt.

F. HAGEN. Gebrüder Manns. Nussbutter. Gust. Schultze & Sohn.

Schröter, R. Uhly & Wolfram. Vereingte Pommersche Meiereien.

Stolwerck Gold Silber Kupfer. Schokolade - Kakao.

Cyliax, G. Seifert, E. Fordern Sie Kakao und Schokolade.

Dombrowsky Restat, J. Eisen- u. Stahlw., Waff.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann. Fahrrad-Haus Frischeauf. Alex Weimar.

G. Kulliek, Färb., Wäscherei. Fleischer u. Wurstw. August Bieri.

Wilhelm Behr. Otto Grube. Gusinde, Rich. Getschmann.

Janik, C. B. Immig. Bruno Keller. Otto Koch.

Moers, Otto. A. Möbes Ndhf. F. Neborowatz.

Paul Nuss. P. Rechel. Rodewald.

Max Schubert. Otto Schreiber. E. Schauer.

Berliner Zopf-Zentrale. G. Krüger. Gramph., Sprechm.

Kamnick. Herren-Artikel. J. Baer.

Kosner, Max. J. Scholl. Huthaus Norden.

M. Grund. Rieck, E. Vester, E. Zum Hutwinkel.

Kaufhäuser. Z. Alexander & Co., Badstr. 55. Kohlen, Koks, Briketts.

Reik. Nokenkamp & Neumann. Lips, Chamissoplatz 8.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen. Hermann Callies. Taschen-Müller.

Zuschneide-Schule des Deutschen Zuchneider-Verbandes. Bethke, Georg.

Frese, Ernst. Gaege, Otto. Paul Gaege, Spandau.

Möbelmagazine. W. Lau, Ch. Krumme. Wilh. Gabbert.

Lange, Max. Misch, Siegmund. Möbel-Gelegenheit.

Singer Nähmaschinen. Singer Nähmaschinen.

Photogr. Ateliers. Photogr. Apparate. M. Albrecht.

Schuhwaren, Schuhm. Schirme u. Stöcke. Sellen.

Stempel- u. Vereinsabzeich. Teppiche u. Gardinen. Uhren u. Goldwaren.

Vericherungen. 'Deutschland' Berlin. 'Friedrich Wilhelm'.

Warenhäuser. Wilh. Herm. Lesser. Hugo Beling.

Conrad. Hermann Meyer & Co., Act.-Ges. Ugnatz Sello.

Verbandstag der Bauarbeiter.

Am Dienstag trat im „Raxinchen“ in Berlin der Verbandstag des Bauarbeiterverbandes zusammen. Dieser Verbandstag gilt als Fortsetzung des Verbandstages, der im Januar dieses Jahres in Jena tagte. Der Jenaer Verbandstag ist mit der Beratung des Statuts nicht zu Ende gekommen. Er hat eine Kommission eingesetzt, die das Statut nebst den dazu gestellten Anträgen durchzubekommen und dem gegenwärtigen Verbandstage eine Vorlage zu machen hat. Für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hatte sich der Jenaer Verbandstag im Prinzip erklärt, jedoch stieß die Vorlage des Vorstandes in einigen wesentlichen Punkten auf Widerspruch. In Jena wurde auch erklärt, daß die Einzelheiten der Arbeitslosenunterstützung erst festgesetzt werden könnten, wenn die Ergebnisse der Tarifberatung vorliegen. Der gegenwärtige Verbandstag hat also auch die Frage der Arbeitslosenunterstützung zu erledigen. Die wichtigste Aufgabe des Verbandstages ist die

Stellungnahme zu den Ergebnissen der Tarifberatung.

Diese stand als erster Punkt auf der Tagesordnung, wurde jedoch einseitig zurückgestellt, weil augenblicklich noch Verhandlungen schweben über einige nicht ganz klare Bestimmungen in den Entscheidungen der Unparteiischen. Erst wenn diese Verhandlungen beendet sind, kann zu den Ergebnissen der Tarifberatung Stellung genommen werden.

Der Verbandstag befaßte sich zunächst mit der

Stimmtenberatung.

Der Herr v. Nürnberg trat als Berichterstatter der Kommission die Vorschläge herablassend vor.

Nach dem Referat entstand eine lange und lebhaft debattierte über eine im Statutentwurf vorgeschlagene Neuerung, nämlich die Einsetzung eines Verbandsausschusses. Derselbe soll bestehen aus dem Vorsitzenden des Verbandsausschusses und 21 aus der Zahl der Bezirksleiter vom Verbandstage zu wählenden Mitgliedern. Der Beirat soll dem Verbandsvorstande zur Seite stehen und gemeinsam mit diesem beraten und beschließen über besondere agitatorische Maßnahmen; über die Vorberatung von allgemeinen Lohnbewegungen und Tarifverträgen; über die Erhebung von Extrabeiträgen; über die Abhaltung und die Verhandlungsgegenstände von Bezirks- und Berufsversammlungen; Anträge des Verbandsvorstandes auf Änderung des Statuts, Ort und Tagung des Verbandstages; die etwa nötige Ergänzung des Verbandsvorstandes bis zum nächsten Verbandstage.

Gegen den Vorschlag wurde angeführt: Der Umstand, daß der Ausschuss nur aus Bezirksleitern, also Angestellten, bestehen sollte, lasse befürchten, daß eine zweckmäßige Bureaukratisierung der Verbandsangelegenheiten Platz greife. In Jena gab ein autokratisches Regiment sei zu befürchten. In diesen Befürchtungen den Boden zu entziehen, müßte wenigstens die Hälfte des Beirats aus nicht-angestellten Mitgliedern bestehen. Weiter wurde gegen die Einsetzung des Beirats eingewandt, daß dies eine Ueberreizung des Zentralisationsgedankens sei. Schon jetzt gehe die Zentralisation in mancher Hinsicht zu weit. Besonders habe sich das bei den Tarifberatungen bemerkbar gemacht. Es liege im Interesse der Mitglieder, daß in der Tarifbewegung nicht alles durch die Zentralinstanzen geregelt werde, denn dabei könnten die Wünsche der Mitglieder nie so berücksichtigt werden als bei Beratungen in kleineren Kreisen.

Seitens des Vorstandes wurde betont, der Beirat sei keineswegs eine neue Einrichtung, sondern nur die statutenmäßige Festlegung eines längst bestehenden Brauches, nämlich der Bezirksleiterkonferenzen, die nicht im Statut festgelegt seien. Der Unterschied sei nur der, daß der neue Vorschlag die Personenzahl aus praktischen Gründen beschränke.

Ein Teil der Diskussionsredner war zwar nicht gegen den Beirat an sich, doch wünschten sie eine andere Zusammensetzung desselben.

Der Verbandstag beschloß die Einsetzung eines Beirats mit den im Kommissionsentwurf vorgeschlagenen Funktionen, jedoch soll der Beirat nicht, wie vorgeschlagen, aus dem Ausschussvorsitzenden und 21 Bezirksleitern, sondern aus dem Ausschussvorsitzenden und je einem Mitgliede aus jedem Bezirk zusammengesetzt werden. Die Wahl erfolgt durch den Verbandstag.

Die übrigen Paragraphen, die von Umfang, Zweck und Gliederung des Verbandes handeln, enthalten keine wesentlichen Änderungen der Bestimmungen des alten Statuts und wurden unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

Eine längere Debatte entstand wieder über die Bestimmungen, welche Wahl und Zusammensetzung der Verbände- und Bezirksstage regeln. Die Kommissionsvorschläge wurden schließlich mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Hiernach erfolgt die Wahl zum Verbandstage nach dem Listensystem. Jeder Bezirk wählt auf je 1000 seiner Mitglieder (nach dem alten Statut waren es 1000) einen Delegierten.

Hierauf wurde der Abschnitt, der die Aufnahmebedingungen behandelt, beraten und mit einer unwesentlichen Änderung in der Kommissionsfassung angenommen, die mit dem alten Statut in der Hauptsache übereinstimmt.

Versammlungen.

Die Eisen-, Metall- und Revolverdreher vom Deutschen Metallarbeiterverband hielten ihre Jahresbranchenversammlung im großen Saale der Bauerei Friedrichshain ab. Branchenvertreter Rich. Müller gab den Tätigkeitsbericht der Agitationskommission.

Einleitend führte er aus, daß bei der Wahl der Kommission im vergangenen Jahre nicht wenige der Meinung gewesen sind, daß diese Kommission an inneren Widersprüchen zugrunde gehen müsse oder zum mindesten keine fruchtbringende Tätigkeit entfalten könne. Sie sei ein Produkt der damaligen Diskussion gewesen. Er könne aber versichern, daß wohl nie eine Agitationskommission immer so einig gewesen sei als diese. Tendentiosprechend sei auch die Arbeit von Erfolg begleitet gewesen. Die Kommission hielt 46 Sitzungen ab, in denen zum größten Teil Beschwerverfahren erledigt wurden. Diese undankbare Arbeit erforderte viel Zeit, welche besser im Interesse der Agitation verwendet worden wäre. Ein Teil der Beschwerden konnte bei gutem Willen in der Werkstattversammlung erledigt werden. Es wäre zu wünschen, daß nur in schweren Fällen die Kommission in Anspruch genommen würde. Es fanden 24 Branchensammlungen statt, darunter in den Monaten Oktober und November 11 Bezirksbranchensammlungen. Diese wurden in allen Stadtteilen abgehalten und galten vorwiegend der Agitation. Der Erfolg war gut. Außerdem war die Kommission in 84 Werkstattdarstellungen vertreten. Vertrauensmännerkonferenzen wurden 25 abgehalten. Der Besuch dieser Konferenzen ist erheblich besser geworden, so daß ein größerer Saal genommen werden mußte. Die Kommission hat auch versucht, die innere Organisation weiter auszubauen. Es wurden für die Bezirke Obleute gewählt, die als Informationsstellen zu betrachten sind. Wenn die Einrichtung auch noch jung ist, so hat sie sich doch schon gut bewährt und muß noch weiter ausgebaut werden. Mit Hilfe dieser Informationsstellen konnte das Vertrauensmännerwesen gebessert werden. Die Zahl der Vertrauensmänner hat sich um 163 vermehrt. Außerdem wurden 52 Betriebe, in denen Dreher beschäftigt sind, neu ermittelt. Es sind dies jedoch nur kleine Betriebe; die größeren waren alle bekannt. Auch ist der schriftliche Verkehr außerordentlich gewachsen. Für die Metalldreher konnte die Agitation nicht in wünschenswerter Weise entfaltet werden; die Kommission hatte deshalb die Gründung einer besonderen Branche vorgeschlagen, was denn auch beschlossen wurde. Die Agitationskommission für die Metalldreher ist am 20. April gewählt worden. Die Kommission hat auch versucht, das bei den Dreheren vorhandene Interesse für Kunst und Wissenschaft zu befriedigen. Es fanden zwei Kunstabende statt, ebenso wurden wissenschaftliche Vorträge gehalten. Das Programm des zweiten Kunstabends brachte Kaiserliche Musikwerke. Die Aufnahme war eine sehr gute. Zum Schluss führte Redner aus: die Organisation habe Fortschritte gemacht; es seien in Berlin 90 Proz. der beschäftigten Dreher Mitglieder des Metallarbeiterverbandes; es müsse aber versucht werden, auch den letzten Dreher zu organisieren. Vor allem müsse der Organisationsgedanke tiefer in die bereits gewonnenen Mitglieder gebracht werden; dazu sei vor allem der weitere Ausbau der inneren Organisation notwendig. Großmann gab Bericht über die verhandelten Beschwerverden. Wollte er ein gab den Kassenbericht. Der Kassenbestand hat sich ganz erheblich vergrößert.

Der Jahresbericht rief eine lebhaft Diskussion hervor. Es wurde verlangt, daß das Arbeiten zwischen Branche und Bezirk besser werden möge. Zum Branchenvertreter wurde Rich. Müller gegen zwei Stimmen wieder gewählt. Außerdem 17 Kommissionsmitglieder.

Aus aller Welt.

Veteranenfürsorge.

Eine „patriotische Rechenaufgabe“ veröffentlicht die Monatschrift „Der Kämpfer“ in ihrem Maiheft. Da wird erzählt: In der Mark Brandenburg lebt ein alter Veteran des letzten deutsch-französischen Krieges mit seiner betagten Frau. Er bekam bis jetzt 15 M. monatlich Veteranenlohn und konnte sich damit kümmerlich durchhelfen, da er eine Milchkuh besaß, die einen sehr großen Teil der Nahrung bestreiten mußte. Dann aber drohte seine alte Lebenskameradin zu erblinden, und die nunmehr notwendig werdende Operation verschlang eine Summe, die nur durch den Verkauf der Kuh gedeckt werden konnte. Damit zog der Hunger bei den alten Leuten ein, und im besonderen die Frau kam stark herunter. In dieser Not wandte sich der alte Krieger an den Kaiser. Er hatte ausweidlich seiner Militärpapiere sein Leben in vierzehn Schlachten gewagt und erbat nun einen monatlichen Veteranenlohn von dreißig Mark und eine einmalige Zuwendung von dreihundert Mark, um die Kuh wieder kaufen zu können. Er erhielt aus der kaiserlichen Schatzkammer eine einmalige Zuwendung von 50 Mark.

Es versteht sich von selber, daß die Verantwortung für diesen Vorgang nicht dem Kaiser trifft, sondern den Hofbeamten, der Eingänge dieser Art erledigt. Wie halten eine Kritik für überflüssig, da die unmittelbare Empfindung des Lesers ganz von selber das Urteil spricht. Die Nachricht hat uns indessen zu einigen patriotischen Rechenaufgaben angeregt, die wir an dieser Stelle weitergeben möchten.

1. Wenn man annimmt, daß dem Veteranen die einmalige Zuwendung von 50 M. zu gleichen Teilen wegen seiner menschlichen Bedürftigkeit und seiner kriegerischen Verdienste zu teil wurde, wieviel Wert hat dann eine für das Vaterland geschlagene Schlacht?

Antwort: $\frac{50}{2.14} = 23\frac{1}{4} \text{ M.} = 1 \text{ M. } 78\frac{1}{2} \text{ Pf.}$

Nach oben abgerundet: eine Schlacht = 1,70 M.

Nachdem so für die Schlacht ein ziffernmäßiger Einheitswert gewonnen ist, geben wir dem Scharfsinn unserer Leser diese Rechenaufgabe aufheim:

2. Eine dramatische Sängerin erhält an einer Hofbühne eine fortlaufende Gage von 20 000 M. Selbst wenn wir eine sehr starke Beschäftigung annehmen, erhält sie 100 M. pro Abend. Wieviel Schlachten muß ein Mensch schlagen, um in Alter und Not die fortlaufende Gage eines Abends als einmalige Zuwendung zu erhalten?

3. Wenn eine Stadtverwaltung 30 000 M. bewilligt, um beim Einzug des Kaisers Ehrenpforten zu bauen, wievielmal ist dann der Wert einer geschlagenen Schlacht in einer Ehrenpforte enthalten, die am nächsten Tag wieder abgebrochen wird?

Es ist eine sehr gut staatsverhaltende Zeitschrift, die diese bedenklichen Fragen antwortet. Man könnte ihnen höchstens noch hinzufügen: wieviel gewonnene Schlachten gehen auf die alljährliche Dividende des preussischen Königs — das wären über 10 Millionen freigelegte Schlachten — und wieviel solcher Schlachten machen die Kosten der gegenwärtigen Militärvorlage aus?

Ein Zirkus eingeführt.

Während der Vorstellung zusammengeführt ist am Montagabend der amphitheatralisch aufgebaute Zirkus Vorsea in der spanischen Ortschaft Puerto Lledo. Der Vorstellung wohnten mindestens 2000 Personen bei, die in wilder Hast nach den Ausgängen drängten. Der Feuerwehrgelag es nur mit großer Mühe, die Opfer unter den Trümmern hervorzuholen. Zwei Besucher sind tot, 14 tödlich verletzt, 50 Personen, meist Frauen und Kinder, erlitten im Gedränge mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Rückkehr einer Grönlandexpedition.

In Thorshavn (Faröer) ist am Dienstag nach dreijähriger Abwesenheit die unter Führung von Anud Rasmussen und Peter Freussen ausgesandte Grönlandexpedition wieder eingetroffen. Die Forscher haben das Innere des Landes auf der Hin- und Rückreise durchforscht, jedoch den in Pearyland vermuteten Pearykanal nicht gefunden; statt dessen aber eisfreies und wildreiches Land. Die Expedition legte täglich im Durchschnitt 50 Kilometer zurück.

Die Zuffragetten.

Auf einem Postamt im Südostbezirk Londons wurde unter Briefen beim Sortieren eine Sendung ohne Adresse gefunden, die eine Nitroglycerin-Bombe enthielt. Die Ladung war stark genug, um das Gebäude, in dem mehrere hundert Mann arbeiteten, in die Luft zu sprengen. Man vermutet einen Anschlag von Anhängerinnen des Frauenwahlrechts. — Am Dienstagvormittag sah ein Londoner Polizist, wie eine Frau eine Blechschachtel mit einer brennenden Zündschnur und der Aufschrift Votos for women vor dem Eingang eines Hotels niederlegte. Die Frau wurde verhaftet.

Eine Frau als Kriegsveteran.

In einem Soldatenheim in Quincy im Staate Illinois entpuppte sich am Montag ein ehemaliger Soldat als Frau. Es war ihr gelungen, sich 50 Jahre lang für einen Mann auszugeben und die Uniform der Vereinigten Staaten zu tragen. Die alte Veteranin hat an dem Bürgerkriege teilgenommen und sich durch große Tapferkeit ausgezeichnet.

Kleine Notizen.

Selbstmord des Königmörders. Der Mörder des Königs Georg von Griechenland, Schinas, hat Selbstmord begangen, indem er sich Dienstagmorgen aus dem Fenster stürzte.

Das Risiko der Arbeit. Auf der „Friedrich-Alfred-Hütte“ in Duisburg stürzte ein mächtiger Eisenträger um und fiel auf eine Arbeitergruppe. Zwei wurden getötet, drei schwer verletzt.

20 Fischer ertranken. Beim Cap Mondego (Portugal) ist ein Fischerboot untergegangen; zwanzig Mann der Besatzung fanden den Tod in den Wellen.

Absturz in einer Grotte. Aus Montpellier wird gemeldet: Während der Manöver des 2. Genie-Regiments stürzten ein Leutnant und ein Soldat bei der Beschäftigung einer Grotte ab. Der Offizier war auf der Stelle tot, der Soldat erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald starb.

Spiionage in Schweden. Zwei russische Eberenschleifer wurden am Dienstag von der Polizei bei Gustafsberg außerhalb Stockholms unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Bei der Durchsuchung fand man bei ihnen eine Anzahl Generalstabskarten über die See-Einfahrt nach Stockholm und über mehrere Gegenden. Die Verhafteten bestreiten, Spione zu sein.

Leser- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute Mittwoch, abends 9 Uhr: Sitzung bei Eichhorn, Danksiger Str. 99. Vortrag: Götze willkommen.

Leser- und Diskutierklub „Ludwig“. Jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat: Sitzung bei Reichardt, Göttsche Str. 58. Vortrag: Götze willkommen.

Verband der Feinschneidenden Deutschlands (Zweigverein Berlin und Vororte). Donnerstag, den 8. Mai, abends 9½ Uhr: Versammlung Rosenkaler Str. 11/12.

Stiller

Gegr. 1867



Für unsere Damenwelt

Elegante Halbschuh-Neuheiten

Tennis-Stiefel und -Schuhe
Leinen-Stiefel und -Schuhe
Sandalen

Hauptgeschäft: Jerusalem Str. 32-35

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



Bersprich mir, daß Du nun endlich
Sanatogen nehmen wirst.

Sanatogen

Von 18000 Ärzten anerkanntes Kräftigungsmittel für Körper und Nerven. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Broschüren und Proben kostenlos und portofrei von den Sanatogen-Werken, Berlin, Friedrichstr. 231



Was ich mir
zum Putzen hol'?
Einzig und allein

Blendol

Der gute Metallputz. In Glas u. Blechflaschen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg



Ohne Anzahlung

Kaufe an jedermann
Garderobe auf Kredit
für Herren für Damen für Kinder
Anzahlung nach Uebereinkunft mit bequemer Abzahlung
Ferner empfehle: Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Betten, Kronen, Kinderwagen usw.
Möbel Komplette Wohnungs-Einrichtungen Einzelne Möbelstücke, Polsterwaren Farbige Küchen, Kleinmöbel etc. etc. bei Meister An- und Abzahlung.

S. DORN, Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Str.

Wo? ist der herrlichste Naturgarten an der Nordbahn?
Nur im Gasthaus Kurfürstinbrunnen,
Borgsdorf b. Birkenwerder bei M. Meißner.

Vorwärts-Bibliothek.

Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen
Neuerscheinung

Der Pariser Garten

und Anderes. Von Minna Kautsky.
Preis gut gebunden 1 Mk.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass, schick, dazw. Zolaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Börs.)

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Theater.

Mittwoch, den 7. Mai 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Oberhaus. Don Juan.
Königl. Schauspielhaus. Die Reu-

ernächsten. Zwischen den
Schichten.

Deutsches. Der lebende Leichnam.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Die Nordsee-Insel Sph.
Festung. Hedda Gabler.

Schiller O. Der Andere.
Schiller. Charlottenburg. Geo-

graphie und Liebe.
Kammerstücke. Die Einnahme von

Berg-op-Joom.
Theater des Westens. Wiener

Blut
Königgräber Straße. Das Buch

einer Frau.
Montis Operetten. Der Zigeuner-

primas.
Deutsches Schauspielhaus. Alt-

Spielberg
Berliner. Filmzauber.

Reines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Das Mäd-

chen aus dem goldenen Westen.
Komödienhaus. Hochherzogliche

Wohnungen.
Metropol. Die Kino-Königin.

Trianon. Madame X.
Westend. Die Frau Präsidentin.

Thalia. Puppen.
Luisen. Jaga.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Nollendorplatz.
Extrazug nach Nizza.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Das Jägermädchen.

Deutsches Opernhaus. Die Reu-

ernächsten. Zwischen den
Schichten.

Deutsches Schauspielhaus. Alt-

Spielberg
Berliner. Filmzauber.

Reines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Das Mäd-

chen aus dem goldenen Westen.
Komödienhaus. Hochherzogliche

Wohnungen.
Metropol. Die Kino-Königin.

Trianon. Madame X.
Westend. Die Frau Präsidentin.

Thalia. Puppen.
Luisen. Jaga.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Nollendorplatz.
Extrazug nach Nizza.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Das Jägermädchen.

Deutsches Opernhaus. Die Reu-

ernächsten. Zwischen den
Schichten.

Deutsches Schauspielhaus. Alt-

Spielberg
Berliner. Filmzauber.

Reines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Das Mäd-

chen aus dem goldenen Westen.
Komödienhaus. Hochherzogliche

Wohnungen.
Metropol. Die Kino-Königin.

Trianon. Madame X.
Westend. Die Frau Präsidentin.

Thalia. Puppen.
Luisen. Jaga.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Nollendorplatz.
Extrazug nach Nizza.

Theater am Nollendorplatz

Bei Sommer. lägl. abends 8 1/2 Uhr:
Extrazug nach Nizza.

Sonntag, 17. Mai cr. nachm. 3 1/2 Uhr:
6. Aufz. der Opernschule d. Sternschen

Konservatoriums.
Residenz-Theater.

Abends 8 1/2 Uhr:
Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).
Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin

und P. Seber.
Morgen und folgende Tage:

Die Frau Präsidentin.
Theater des Westens.

8 Uhr (Volkshilfliche Preise):
Wiener Blut.

Ab Sonntag: Der Vogelbändler.
Sonnt. u. Mont. nachm. 3 1/2 Uhr:

Der liebe Augustin.
ROSE-THEATER

Große Franziska Str. 122.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:

Gastspiel Alfred Bekak:
Napoleon Bonaparte und

seine Frauen.
Passage-Panoptikum

Jon Got
der akrobatische

Schafwandler!
Der Mann mit der

eisernen Hand!
Aga, die schwebende

Jungfrau!
Alles lebend!

Alles ohne Extra-Entree!
Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.

Operette in 3 Akten von Auf. Freund
und G. Konowoff.

Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

Karl Bachmann J. Giampietro
G. Thielscher V. Norbert

H. Ballot J. Russka Ly Winter
Trianon-Theater.

Täglich 8 Uhr: Madame X.
Sonntag 3 Uhr: Der selige Toupinal.

Admiralpalast
Eis-Arena

Angenehm kühler Aufenthalt.
Abends 9 Uhr zum 150. Male:

Das sensationelle Eisballett
Flirt in St. Moritz.

Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr

halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Wein- und Bier-Abteilung.
Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Café

„Größenwahn“
Burleske von Meysel.

Anfang 8 Uhr.
LUNA PARK

Wochentags
Eintritt frei bis 5 Uhr!

Saisonkarten alle Tage
gültig 3 Mark.
Brauerei Friedrichshain

Del.: Ernst Liebing.
Ab Montag: Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:

Kaffee-frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger

bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis, 1.-7. Abteilung.

Sonntag, den 11. Mai (1. Pfingstfeiertag) im Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9:

Großes Früh-Konzert

mit Theater- und Spezialitäten-Vorstellung

Eröffnung 5 Uhr. Billett 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.

Das Komitee.

Arbeiter-Gesangverein Stockholm.

Donnerstag, den 8. Mai,
in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108:

KONZERT.

Mitwirkender Solist: Göran Lindstedt, Tenorbariton
(Mitglied der kgl. Oper in Stockholm).
Am Flügel: Nils Söderberg.

Anfang 8 1/2 Uhr, Saalöffnung 7 1/2 Uhr.
Eintritt 50 Pf., an der Kasse 60 Pf. — Billetts im Vor-

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Extra-Konzert!

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Café
„Größenwahn“
Burleske von Meysel.
Anfang 8 Uhr.

LUNA PARK

Wochentags
Eintritt frei bis 5 Uhr!
Saisonkarten alle Tage
gültig 3 Mark.

Brauerei Friedrichshain

Del.: Ernst Liebing.
Ab Montag: Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:

Kaffee-frei-Vorstellung

der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

UT

Licht-Spiele

Moritzplatz
Hasenheide

Zum letzten Male
heute und morgen:

Quo vadis?

Altägyptisches Filmdrama in
7 Akten.
Keine erhöhten Eintrittspreise.

Alexanderplatz
Unter den Linden

Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad.

Urania.

Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Nordsee-Insel Sylt.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren
die Hälfte.
Jahresabonnements an allen drei
Schalterkassen.

Folies Caprice.

Die Novitäten:

- Die Bank.
- Sein letzter Wille.
- Der Cowboy.

Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.

Boigt-Theater.

Radstraße 38.
Neue Vorstellung.
Beginn der Sommerfaison:
Sonntag, den 11. Mai, nachm. 4 Uhr:
(1. Pfingstfeiertag)

Auf nach Amerika

u. d. große Spezialitätenprog.

PIA

Papier-Industrie-Ausstellung

3. bis 14. Mai
Philharmonie

Geöffnet von 10 bis 8 Uhr
Täglich Konzert
Eintritt 50 Pf.

Berliner Uk-Trio

Adr. Neukölln Lahnstr. 741.

BERLINER Humor-Quartett

Walter Watzky
N. 58. Oderberger Straße No. 38.

Restaurant Seebad Müggelwerder

Bahnstation Rahnsdorf.
Herrlich am Müggelsee gelegen. Säle 600 und 200 Personen fassend.
Große Badeanstalt. — Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.
Am 2. Feiertag

große Tanzreunion

unter Leitung des Tanzmeisters Richard Heinrich.
Cito Balkmüller.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis, Stralauer Viertel (Bezirk 289).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmacher **Johann Korlubowski** Andreasstr. 10 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Bethanien aus auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
218/11 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Johann Karlubowski** am 5. Mai plötzlich an Lungenerkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, vom Bethanien-Krankenhaus aus nach dem Zentral-Friedhof (3 1/2 Uhr) in Friedrichsfelde statt.
199/5 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumschulweg.
Am 4. Mai verstarb unsere Genossin, Frau **Berta Liedtke** Beermannstr. 6 (Bez. 6), im Alter von 57 Jahren an der Proletarierkrankheit.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Friedhofes in der Klefholzstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
201/16 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für Niederharnim, Bezirk Lichtenberg.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau **Martha Hanke** Kronprinzstr. 4, verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle in Korzahn aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
14/10 **Die Bezirksleitung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Hermann Bodel** Kobernitsstr. 10, am 5. Mai an Schlaganfall gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.
Den Kollegen seiner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Franz Kabilka** am 4. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/14 **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen, Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Fahrer **Otto Habedank** Seltnermassenfabrik Schmolo am 4. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes Süd-West in Stahnsdorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
43/9 **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen, Ortsverwaltung Berlin.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters und Sohnes sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren besten Dank, insbesondere dem Bauarbeiter-Verband und dem Wahlverein (Bezirk 21), Frau Gollert, Witwe, nebst Kindern.

Am 4. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Herr **Karl Marhauer.**
Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, abends 6 1/2 Uhr, vom Reußliner Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, aus statt.
Die Kollegen der Vossischen Zeitung.

„Typographia“.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege und treues Mitglied **Karl Marhauer** am 4. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, abends 6 1/2 Uhr, vom Reußliner Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, aus statt.
Die Sängler werden gebeten, möglichst vollständig zum letzten Geleit zu erscheinen.
Der Vorstand.

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.
Am Donnerstag, den 1. Mai, verschied infolge eines Unglücksfalles unser wertiges Mitglied, der Stereotypen **Karl Eigendorf** im 55. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Um zahlreiche Beteiligung bitten **Der Vorstand.**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße 42/43 (Ede Seefer.) aus statt.

Am Donnerstag, den 1. Mai, verschied infolge eines Unglücksfalles plötzlich unser treuer Kollege, der Stereotypen **Karl Eigendorf** aus Kogelien a. d. Unstrut im 55. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
die Stereotypen- und Galvanoplastiker des „Berliner Tageblatt“.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße 42/43 (Ede Seefer.) aus statt.

Deutscher Holzarbeiterverband, Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stellmacher **Wilhelm Lauersdorf** Reichenberger Str. 64 im Alter von 73 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
82/19 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw., Filiale Berlin, Bezirk Nord-Osten.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege **Herm. Kuckenburger** am 5. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weisemann-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
139/7 **Die Ortsverwaltung.**

Am 3. Mai schied freiwillig aus dem Leben der Tapferer **Wilhelm Schmidt** Bergmannstr. 111. 7428
Um stilles Beileid bitten der Vater **Otto Schmidt** und Geschwister, Bergmannstr. 111.
Die Beerdigung findet heute, den 7. Mai, nachmittags 6 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Jöhndorf, Spanbauer Str., statt.
Dankagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Sohnes sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem Gelangverein, dem Metallarbeiterverband, dem Wahlverein für den 6. Berliner Wahlkreis und den Kollegen der Wagnerwerk, Weihenfer, unseren herzlichsten Dank.
Witwe Elise Blasius und Kinder.

Kegelklub „Fraternitas“ e. V. Nachruf.
Hiermit erfüllen wir die schmerzliche Pflicht, allen Mitgliedern von dem Ableben unseres lieben Sportgenossen **Franz Brandt** Kenntnis zu geben. Einer unserer Kleinsten und Blühtstärksten ist von uns gegangen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
H. H.: Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Rudolf Zeumer** welcher in der Parteiverwaltung beschäftigt war, verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrt-Friedhofes in Nordend (hinter Nieder-Schönhausen) aus statt.
34/1 **Die Ortsverwaltung.**

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. D. 86, Hamburg). Verwaltungsstelle Berlin B.
Am 3. Mai verstarb unser Mitglied **M. Csillag.**
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus.

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufs, Deutschlands Filiale Reußlin.
Am 5. Mai verstarb unser Mitglied, der Steinsetzer **Arnold Becker senior** im Alter von 73 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reußliner Gemeindefriedhofes, am Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
7416 **Der Vorstand.**

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kollegin **Emilie Windemuth** welche im Betriebe der städtischen Bedürfnisanstalten beschäftigt war, verstorben ist. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes in Reußlin, Hermannstraße, aus statt.
34/2 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Fremden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Tante und Schwägerin **Margarete Räder** am Montag, den 5. Mai, nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Die trauernden Eltern u. Geschwister, Robensbergstr. 29.
Die Einäscherung findet Donnerstag, den 8. Mai, nachm. 5 Uhr, Gerichtstr. 38/38, statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiterführer **Hermann Ott** am 3. Mai im Alter von 39 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
64/16 **Die Bezirksverwaltung.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, Versicherungs-v. a. Gegenseitigkeit Filiale Berlin 13.
Am 4. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schraubendreher **Hans Goebel** Jagowstraße 14.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachm. 1 1/2 Uhr vom St. Pankratius-Kirchhof, Müllerstr. Ede Seefer, statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Stoffe Neuheiten für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu selten billigen Preisen.
Tuch-Agentur, Yorekstr. 75, pt.

HUGO UDO COHN
Kottbuser Damm 13
ist bekannt
reell, billig, kulant
bei Einkäufen auf
KREDIT!

Kleinste Anzahlung bei Entnahme von Herren-Konfektion
Sakko, Rock, Gehrock, Anzüge, Ulster, Paletots, Raglans, Jünglings- u. Knab.-Bekleidung
Wochentliche 1 Mark Kolossale Auswahl!

Saison-Neuheiten in eleganter Damen-Konfektion
Kostüme, Ulster, Sakkos, Kleider, Blusen, Röcke, Backfisch- und Mädchen-Garderobe
Besiehligen je jedermann gestattet!

Auf Kredit
Möbel- und Polsterwaren, komplette Wohnungs-Einrichtungen, Teppiche, Gärten, Decken usw.
Gratis Kino-Billette vor bei
HUGO UDO COHN

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.
Am Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Herrn **G. Merkmann**, Gr. Frankfurter Str. 16, die **außerordentliche General-Versammlung** statt, wozu die Herren Vertreter hiermit ergeblich eingeladen werden.
Tagesordnung:
Beratung und Beschlußfassung über die neuen Statuten nach den Vorarbeiten der Reichsversicherungsordnung.
Die Legitimation ist die schriftliche Einladung mitzubringen.
Der Vorstand. 271/15

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer, Gertliche Verwaltung Berlin.
Freitag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engeliner 15, Saal III
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 253/3
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Wahl eines Kassierers für den 6. Bezirk.
3. Verschiedene Angelegenheiten.
Der Vorstand.
J. H.: H. Schröder, Lillier Str. 7.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin.
C 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Borussia-Festsäle
Telephon Norden 2674. Ackerstraße 67.
Empfehle den geehrten Gewerkschaften und Vereinen meine vier Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Beschäftiger Naturgarten mit Bäumen noch einige Sonnabende und Sonntage frei.
Georg Wolffgramm.

Eis! Eis!
offizieren frei Haus, für das laufende Jahr
den großen oder ganzen Eimer (ca. 10 Kilo) 30 Pf.
den kleinen oder halben Eimer (ca. 5 Kilo) 20 Pf.
Bestellungen erbitten nach:
Röpenider Str. 40/41, Telephon Amt Moritzplatz 11281.
Rummelsburg, Königsplatz 10110.
Ploesener, : : : Reubitz 1344.

Norddeutsche Eiswerke.
Vom 5. bis 10. Mai 1913 werde ich im **Hotel Prinz Heinrich, Dorotheenstr. 22,** anwesend sein, um **künstliche Augen** direkt nach der Natur für Patienten anzufertigen und einzupassen.
189/6 **F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.**

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 80, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
Cutaway u. Weste 65, 50, 38 M.
Beinkleider 18, 15, 8 M.
Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge in größter Auswahl
Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden
Baer Sohn
Kleider-Werke Berlin, Gegr. 1821.
Chausseestraße 29-30, 11, Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 29, Tobisstraße, Hauptstr. 10.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin.
C 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Borussia-Festsäle
Telephon Norden 2674. Ackerstraße 67.
Empfehle den geehrten Gewerkschaften und Vereinen meine vier Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Beschäftiger Naturgarten mit Bäumen noch einige Sonnabende und Sonntage frei.
Georg Wolffgramm.

Eis! Eis!
offizieren frei Haus, für das laufende Jahr
den großen oder ganzen Eimer (ca. 10 Kilo) 30 Pf.
den kleinen oder halben Eimer (ca. 5 Kilo) 20 Pf.
Bestellungen erbitten nach:
Röpenider Str. 40/41, Telephon Amt Moritzplatz 11281.
Rummelsburg, Königsplatz 10110.
Ploesener, : : : Reubitz 1344.

Norddeutsche Eiswerke.
Vom 5. bis 10. Mai 1913 werde ich im **Hotel Prinz Heinrich, Dorotheenstr. 22,** anwesend sein, um **künstliche Augen** direkt nach der Natur für Patienten anzufertigen und einzupassen.
189/6 **F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.**

Westmann.
Mohrenstr. 37a, Gr. Frankfurterstr. 115.
Letztes **Pfingst-Angebot!**
Jedes gekaufte Stück wird bis zum Fest geändert und pünktlich abgeliefert!
Aparte Modelle in
Kostümen sonst bis 45.- 62.-, 88.- bis 120.- für M. 19, 27, 35 bis 62
Entzückende **Mäntel** sonst bis 38.-, 58.-, 80.- bis 120.- für M. 15, 26, 33 bis 55
Frauen-Tail-Mäntel (für starke und stärkere Figuren) sonst bis 60.-, 100.-, 120.- für M. 25, 45, 65
Leichte Sommerkleider sonst bis 38.-, 58.-, 82.- bis 120.- für M. 15, 25, 35 bis 95
Röcke, Blusen sehr preiswert
1. Feiertag geschlossen, 2. Feiertag geöffnet v. 8-10 vorm.

Drei Tropfen

Kaoli

gehen schmutzigstem Metall Dauerglanz. Unentbehrlich für Autos.

Man verlange überall „Kaoli“ in Flaschen zu 10 bis 50 Pf. Fabrik: Chemische Werke Lubzyski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Garbáty Cigaretten

Qualität

Bei Magenverfälschungen erzielt man durch eine leichte „Nucke“ Bouillon als Nahrungsmittel...

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer...

Wanderer! Touristen! Wir empfehlen: Straube-Karten der Umgegend v. Berlin...

Verkäufe.

Teppiche (Farbenfehler) enorm billig. Wauerhoff, nur Große Frankfurter Straße 9...

Teppiche! (fehlerlos) in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes...

Teppiche ohne Geld! 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche...

Teppiche! (fehlerlos) in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes...

Teppiche! (fehlerlos) in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes...

Teppiche! (fehlerlos) in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes...

Teppiche! (fehlerlos) in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes...

Teppiche! (fehlerlos) in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes...

Teppiche! (fehlerlos) in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes...

Teppiche! (fehlerlos) in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes...

Es lohnt nur bei Nag. Weig. 88, Große Frankfurterstraße 88, altbekannte Firma...

Wandertafeln und Bücher, Reisebücher, Kutschbücher...

Kinderspiele, Einzelverkauf, preisbillig, direkt in Fabrik...

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel, Teppiche...

Monatsanleihe und Commerzpaletts von 5 Mark...

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Schöneberg...

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Schöneberg...

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Schöneberg...

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Schöneberg...

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Schöneberg...

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Schöneberg...

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Schöneberg...

Leihhaus „Brunnen“, Seitenpostbilla Brunnenstraße 118...

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig Wochenrate, in Liefer. Bilder...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Englische Brillen 25,00, Chaiselongues 18,00...

Zur Ergänzung! Eiche, mahagoni, mahagoni Büfets...

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen, jeder Preislage...

Wäschegarnitur, Kücheneinrichtung 27,00...

Während des Umbaus, wegen Platzmangel...

Gelegenheitsverkauf neuer gediegener Möbel...

Privatien verkaufe, Ruhbaumwirtschaft, große Auswahl...

Brasilien verkauft moderne Ruhbaumwirtschaft...

Bildschöne Paneele 49,00, wie neu, Chaiselstraße 74...

Verkaufe elegantes Wäschegarnitur, mahagoni...

Musikinstrumente, Pianino, freigestellt, 100,-...

Bilder, Silber, Sie kaufen Bilder nirgends billiger...

Bilder, billige Bezugsquelle, tolle Preise für Einmachungen...

Fahrräder, Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten 20 Prozent, Große Partien...

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache, für Anfänger...

Auto-Schule (Ingenieur Schapiro), praktisch konzipiert...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Verschiedenes.

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Vatikanwall Müller, Gütshamerstraße 81...

Kaufgesuche.

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Jahngewichte, Goldschalen, Silber...

Vermietungen.

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Schlafstellen, möblierte Schlafstelle...

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Stellengesuche, Dirigent für Dienstag...

Parteisekretär

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

für Lothringen gesucht, Bewerbungen sind bis zum 20. Mai...

Der Original-Hackepeter Martin Münzstraße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße...

Gegen den Ansturm der Sozialdemokratie.

Eine machtvolle Umgebung des liberalen Bürgertums gegen den sozialdemokratischen Ansturm war im Landtagswahlbezirk Berlin X für Montag bereitgestellt worden.

Der Versammlungsleiter Gemeindefullehrer Werlen eröffnete mit einem Nachruf auf den jenseits verstorbenen Abgeordneten Schrader, dem in seiner Hoffnung auf den endlichen Sieg der gerechten Sache jeder Liberale nachzueifern müsse.

Als Antwort gegen den „sozialdemokratischen Ansturm“ wirkte die ganze Veranstaltung recht matt. In der Diskussion mahnte ein Redner die liberalen Wähler, sich nicht durch den Vorkott betören zu lassen.

Die Bemühungen, ein „einmütiges und geschlossenes Zusammengehen aller Bürger“ zustande zu bringen, werden auch gekennzeichnet durch eine angeblich „im Namen der Beamten, Lehrer, Festbedienten und Staatsarbeiter“ verbreitete Einladung zu dieser Versammlung.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis.

Die ordentliche Generalversammlung findet am Dienstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, in den Germania-Prachtzalen, Chausseest. 110, statt.

Neukölln. Heute Mittwoch, abend 8 1/2 Uhr, bei Barisch, Hermannstraße 49 I: Generalversammlung der Jugendfektion.

Wilmersdorf. Am Freitag, den 9. Mai, findet für unsere Ort ein Extrazahlabend statt. Die Parteigenossen und -genossinnen wollen sich hierzu vollzählig in ihren Bezirkslokale einfinden.

Reichenau. Am Freitag, den 9. Mai, abends 7 Uhr, von den Bezirkslokale aus wichtige Flugblattverbreitung.

Miersdorf. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Bismarckstr. 10: Polenversammlung. Tagesordnung: Die Lage des polnischen Volkes und die Landtagswahl.

Rudigs-Wußershausen. Heute Mittwoch, den 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale Ww. Wedhorn, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Die bürgerlichen Parteien und die Landtagswahlen.

Gieswalde. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung vom Genossen Witte aus.

Potsdam. Heute Mittwoch, abend 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung.

Berliner Nachrichten.

Mai.

Mit einer Serie von „Dunsttagen“ hat der April geschlossen und der Wonnemonat begonnen. Die Hitze übertraf die gespanntesten Himmelsfahrtsvermutungen, und es fehlt nicht an weisssagenden Unfen, die uns zum Ausgleich „weiße Pfingsten“ prophezeien.

Einen Hauptschmud des großstädtischen Frühlings, die in Blütenweiß getauchten Saamenalleen, müssen wir diesmal

entbehren; nur hier und da hat ein schwacher Rest davon doch noch den Weg zur Sonne gefunden. Die Blütentrauben, die in winziger Gestalt den Winter mühselos überstanden, sind in den vorzeitig aufgeblühten Knospen vom Frost erreicht und größtenteils zerstört worden.

Geht man durch die Anlagen, so sieht man an den Sträußern, unter denen ja viele zartheitvolle Ausländer eine große Rolle spielen, die erfrorenen Blätter braun und unter dem Fingerdruck bröckelnd herabhängen.

Längst ruft der Anruf seinen Namen durch die Wälder, dieser scheue Geselle, den jeder hört und den nur einer unter Tausenden einmal zu Gesicht bekommt.

Aus Berlins Selbstmordstatistik.

Durch freiwilligen Tod endeten in Berlin im Jahre 1912, wie das Berliner Statistische Amt nach den hierüber eingegangenen Meldungen mittelst 791 Personen. Man darf wohl annehmen, daß die Selbstmordmeldungen unvollständig bleiben.

1910: 32 männliche, 34 weibliche, in 1911: 25 männliche, 28 weibliche, in 1912: 36 männliche, 31 weibliche.

Statistik des Glends.

Am 1. Mai 1913 befanden sich im städtischen Familienobdach 181 Personen, und zwar 40 Familien mit zusammen 97 Köpfen (darunter 32 Kinder und 19 Säuglinge) und 84 Einzelpersonen.

Ein Opfer der Polizei.

Ist nicht nur der Fäurigezögling Artur Fischer geworden, der in der Nacht zum 26. August 1912 in Berlin an der Ring- und Dragonerstraße von einem Schuhmann niedergeschossen wurde, sondern auch der Zeitungverleger und Redakteur Baumann von den „Nieder-Schönweider Nachrichten“, dem ein die Erinnerung an jene Schiesserei auffrischender Artikel eine Beleidigungsklage eingetragen hat.

Beleidigt hatte Baumann nicht den Schuhmann, sondern die in Ober-Schöneweide wohnende Mutter des Erschossenen, und zwar dadurch, daß er in seinem Blatt, als Frau Fischer Anfang Dezember 1912 mit der Behauptung auftrat, sie habe jetzt in dem Erschossenen ihren damals verschwundenen Sohn ermittelt, diese Angabe für „frei erfunden“ erklärte und Frau Fischer als überhaupt „wenig glaubwürdig“ hinstellte.

Vor dem Amtsgericht Köpenick, wo die Beleidigungsklage gegen Baumann Ende März verhandelt wurde, verteidigte der Angeklagte die Auskunft darüber, von wem er seine die Frau Fischer beleidigende Darstellung erhalten habe.

Ganz freigesprochen zu werden, forderte Baumann gestern vom Landgericht Berlin I, dem er durch Berufung die Sache zur Entscheidung vorgelegt hatte. Für seine Behauptung, daß Frau Fischer ihre Angaben „frei erfunden“ habe, sie „in freivolter Weise“ auszusagen suche usw., konnte er keinen Beweis bringen.

Sein Verteidiger Rechtsanwalt Bergmann, wies wieder auf die „maßgebende Behörde“ hin, die damals die Angabe der Frau Fischer für unwahr gehalten habe. Für den Angeklagten forderte er den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen). Der Rechtsbeistand der Klägerin, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, bestritt, daß hier einer der üblichen Fälle vorliege, in denen ein Zeitungsredakteur durchaus mit Recht, aber leider fast immer ohne Erfolg den § 193 geltend mache.

Das Urteil erging dahin, die Berufung des Angeklagten sei zu verwerfen. Es bleibt mithin bei 20 M. Geldstrafe.

Wandervogel als Vandalen.

Und wird berichtet: Am letzten Sonntag lagerten am Ufer des Stenigsee's ungefähr 20 dem Klub „Wandervogel“ angehörende Personen und unterhielten ein größeres Lagerfeuer. Als einige Turner des Vereins „Nichte“ näher kamen, bemerkten sie zu ihrem Erstaunen, daß die „Wandervogel“ von grünen Nichten und Birken Keste abschlugen und dieselben verbrannten.

Wieder ein Tollwutfall?

Von einem anscheinend tollwütigen Hunde wurde gestern nachmittags der im Hause Carmen-Sylva-Str. 124 wohnende...

Beim Spielen unter den Straßenbahnwagen.

Gestern geriet beim Spielen ein etwa neun Jahre alter Knabe in der Chausseestraße unter den Wagen der Linie 32...

Der Kircheneinbrecher auf Reisen.

Die Münchener Kriminalpolizei hat den Berliner Kircheneinbrecher Kabe festgenommen. Seit Kabe, der in München auf frischer Tat überführt wurde...

Außer Betrieb.

Vor dem Kammergericht in der Lindenstraße befindet sich eine Normaluhr, die den Zweck haben soll, dem Publikum die Zeit anzuzeigen...

Von internationalen D-Zug-Dieben schwer bestohlen wurde auf der Fahrt von Berlin nach Genoa die Gattin eines ausländischen Offiziers...

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde gestern das 23 Jahre alte Dienstmädchen Margarete Wälow als Polizeigefangene...

Arbeiter-Bildungsschule. Der letzte Vortrag des Genossen Julian Worchard findet heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr pünktlich statt...

Bei der Kaiserin im Boigt-Theater ist eine Damenuhr verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, diese bei Charlotte Heintze...

Der Brand der Papier-, Zappen- und Kohlenvorräte in der Mühlentstraße beschäftigte am Dienstag mehrere Jüge von früh bis in die Nacht hinein...

Der Gastwirt Döhling, Brunnenstr. 70, ersucht um darauf hinzuweisen, daß er an der Petition, welche von verschiedenen Gastwirten gegen die Eröffnung des Godepeter, Voltastraße, Ecke Brunnenstraße...

Wer ist die Tote? In einem Hause der Kulodstraße wurde gestern Nachmittag von einem Bewohner auf dem Treppentritt im zweiten Stockwerk eine ungefähr 40 Jahre alte Frau...

Kadetten auf der Olympiabahn. Die am Dienstag abend abgehaltenen Rennen bestellten sich Frankreich gegen Deutschland...

seinen Erfolg stürmischen Beifall erntete. - Die Dauerrennen lieferten in zwei Läufen über 20 und 25 Kilometer...

Kreuzgenosch. Personen, die am 16. Februar gesehen haben, wie zwei Tandemfahrer in der Bülcherstraße...

Vorort-Nachrichten.

Steglich. Der Rohrpostbetrieb vom hiesigen Hauptpostamt aus ist am gestrigen Tage endlich aufgenommen worden...

Mariendorf. Aus der Gemeindevorsteherung. Der Gemeindevorsteher legte zunächst das auf Beschluß der letzten Sitzung gewünschte Ortsstatut vor...

Neukölln. Auf dem Wege von der Kaiser-Friedrich-Straße zur Pieschenstraße ist ein Krankenheftbuch und eine Invalidenkarte...

Weißensee. Aus dem gemeindeärztlichen Bericht 1912/13. Im Anfang des Berichtsjahres ereigneten einige Typhusfälle im Lindenbergel...

Der sanitärärztliche Bericht stellt fest, daß der Gesundheitszustand der Kinder ein recht befriedigender war...

Französisch-Buchholz. Die letzte Gemeindevorsteherung setzte den Gemeindehaushaltsplan für 1913 fest...

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen. Spandau. Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Eingegangene Druckschriften. Kommunale Praxis. Wochenheft für Kommunalpolitik und Gemeindeforschung...

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet in der Lindenstraße 69, vom vier Treppen abwärts...

Marktpreise von Berlin am 5. Mai 1913. nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte...

Wetterungsbericht vom 6. Mai 1913. Stationen: Manganerhamburg, Mühlentstraße, Prenzlauer Berg, etc.

Wetterprognose für Mittwoch, den 7. Mai 1913. Müßig, zeitweise heiter, aber veränderlich bei trübem östlichen Winden...

Table with 5 columns: Stationen, Wassermessung, Temperatur, etc. showing weather data for various locations.

Table with 5 columns: Stationen, Wassermessung, Temperatur, etc. showing water level data for various locations.

Table with 5 columns: Stationen, Wassermessung, Temperatur, etc. showing water level data for various locations.